

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 2. Juni 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Annoncenzeile über deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 10 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pf., (ausdrücklich 2 getragene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenbewerbungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Injuncte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags an der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Reichsversicherungsordnung.

Die Mehrheit hat in dritter Lesung das Ausnahmegegesetz gegen die Arbeiterklasse sogar noch mit einigen Verschlechterungen gegenüber der zweiten Lesung genehmigt.

Die Tatsache, daß für dieses Ausnahmegegesetz nicht nur Zentrum, Konservative und Nationalliberale, sondern auch ein erheblicher Teil der Freisinnigen gestimmt hat, läßt erkennen, daß wohl bei der Reichstagswahl dieselbe kompakte bürgerliche Mehrheit gegen die Arbeiterklasse mobil werden wird.

Es ist damit ein Gesetz zustande gekommen, das unter dem Vorzeichen, Not und Sorgen entgegenzutreten, Not und Sorgen schafft, die Arbeiterklasse mit 56 1/2 Millionen Mark jährlicher Steuern neu belastet und ihnen als Entgelt hierfür die Selbstverwaltung nimmt, die Möglichkeit eines vorbeugenden Heilverfahrens und einer Verhütung von Unfällen erheblich verringert und die Witwen und Waisen durch eine „Rente“, die in den ersten Jahren bis 1917 etwa 17—18 Pf., später gegen 20 Pf. für die völlig erwerbsunfähig gewordene Witwe und bis 1917 gegen 9 Pf., später 10 Pf. täglich für ihr Kind beträgt.

Durch das Angeführte sind noch keineswegs alle Verschlechterungen, die das Gesetz gegenüber dem bestehenden Zustande bringt, bezeichnet. Insbesondere wäre nach dieser Richtung hin noch die außerordentliche Verschlechterung des Verfahrens, die Vergrößerung der Rentenquerschnitte und die Vereinfachung der Rekursinstanz für Unfallsachen anzuführen.

Für die Entredung der Arbeiter im Krankenversicherungswesen, als deren eigentlicher Vater nicht mit Unrecht der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan bezeichnet wurde, konnte auch nicht ein Atom irgend einer Berechtigung angeführt werden. Die elenden Verdächtigungen und Verleumdungen, die gegen die Arbeiter von bürgerlicher Seite angeführt wurden, sind von unseren Genossen als das erwiesen, was sie sind. Die bürgerliche Mehrheit zog sich auf die famose Behauptung zurück: wenn auch kein Mißbrauch stattgefunden habe, müsse doch der Möglichkeit eines Mißbrauchs dadurch gesteuert werden, daß man die Selbstverwaltung der Arbeiter beschneide. Der wahre Grund ist ein anderer. Er zeigt sich allenthalben bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung, insbesondere bei dem leider erfolgreichen Anfechten der Mehrheit gegen eine Zentralisierung der Rassen. War bei Schaffung der Versicherungsgesetzgebung einer der Hauptgründe der Bourgeoisie, der sie veranlaßte, ihren Widerstand gegen den Grundgedanken einer Versicherung aufzugeben, der, daß sie durch die Versicherungsgesetzgebung die Armenlasten von den Schultern der Wohlhabenderen auf die der Arbeiter wälzen wollte, so war bei der jetzigen Reichsversicherungsordnung neben diesem Beweggrund für die Regierung und die bürgerlichen Parteien das Bestreben maßgebend, eine Art Schutztruppe der „national“ gesinnten Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse durch Versorgungsposten in der Verwaltung der Versicherungsgesetzgebung zu schaffen. An Stelle von Arbeitern sollen abgelegte Beamte, ausgediente Offiziere, Militäranwärter, verachtete Existenzen der Bourgeoisie, gefühnungslose Bureaukraten auf Kosten der Arbeiter Renten in den Versicherungszweigen erhalten. Das war das treibende Motiv.

Die Landarbeiter sind völlig rechtslos gemacht. Ein bürgerlicher Abgeordneter wagte zu behaupten, eine Entredung der Landarbeiter liege nicht vor, weil diese bislang Rechte noch nicht besessen hätten. Als ob darin keine Entredung liegt, daß man den Landarbeitern Beiträge abnimmt, aber sie noch schlechter stellt als die gewerblichen Arbeiter und die Verwaltung ihrer Gelder der Unternehmerklasse und den von diesen gewählten Kreaturen anvertraut!

Der antisoziale Haß der Regierung gegen die Arbeiter und derjenigen, die der Reichsversicherungsordnung zugestimmt haben, tritt in den Bestimmungen besonders hervor, die auf eine Verhinderung der Verhütung von Krankheiten, Unfällen und Sterblichkeit abzielen. Die Verengung der Versicherungsanstalten in der Errichtung von Heilanstalten, das Verbot an das Reichsversicherungsamt, für landwirtschaftliche Betriebe Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, und die Stellung gegenüber Schwangeren und Wöchnerinnen rechnet hierhin.

Geradezu schamlos war es, daß in der dritten Lesung auf Betreiben derjenigen Teile des Zentrums und der Konservativen, in deren Gegenden die Kindersterblichkeit am größten ist, die Beschlüsse zweiter Lesung sogar noch verschlechtert wurden. Deutschland marschiert an der Spitze aller westeuropäischen Kulturstaaten hinsichtlich der Höhe der Säuglingssterblichkeit. Von 100 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahre in Norwegen 6,7, in Schweden 7,7, in Dänemark 10,8, in der Schweiz 10,8, in Irland 9,7, in Schottland 11, in England und Wales 12,1, in Holland 12,5, in Belgien 13,2, in Frankreich 14,3, in Italien 15,6, in Deutschland 17,8. Ja, die Kindersterblichkeit schwankt in einigen Gegenden insbesondere des ländlichen Bayerns bis gegen 30 Proz. an. Größer als die Zahl der in

einem Kriege Sterbenden ist die Zahl der Frauen, die im Wochenbett ihr Leben einbüßen oder ein lebenslängliches Siechtum infolge ungenügender Fürsorge davontragen. Diesem beschämenden, entsetzlichen Zustand trat bereits früher insbesondere bei der Krankenversicherungsnobelle 1903 die Sozialdemokratie entgegen. Nur ein geringfügiger Teil ihrer zur Bekämpfung dieses Elends gestellten Anträge ging durch. Das ungeheuerliche Elend veranlaßte die Reichsversicherungs-Kommission in der ersten Lesung, die Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen zu erhöhen. Da erklärte die preussische Regierung, die Reichsversicherungsordnung müsse scheitern, wenn die Hilfe für die schwangeren Frauen und Säuglinge beschlossen würde. Ein willkommener Vorwand für das Zentrum zum Umfall. In der zweiten Lesung lehnte das Plenum trotz der eindringlichsten Schilderung der zum Himmel schreienden Zustände eine Verringerung ab. Und in dritter Lesung wurde gar noch die geringfügige achtwöchentliche Wöchnerinnen- und Schwangerinnenunterstützung auf Betreiben der Zentrums und der Konservativen für die Landarbeiter auf die Hälfte herabgesetzt!

Der Betrug und die Verhöhnung, die die Ausnahmegegesetzfreundliche Mehrheit des Reichstages gegen die Witwen und Waisen und gegen die Arbeiter mit der sogenannten Hinterbliebenenversicherung vollführt hat, ist durch die Verhandlungen klar zu Tage getreten. Die geringfügigen Verbesserungen, die bei der zweiten Lesung des Einführungsgegesetzes vorgenommen sind, ändern an der Tatsache nichts: die Reichsversicherungsordnung nimmt den Arbeitern und deren Witwen wohl erworbene Rechte ohne Entschädigung und führt unter dem Namen einer Hinterbliebenenversicherung eine die Arbeiter höhrende Skarlaturnatur ein. Wiederholt legten wir dar, wie es sich hiermit verhält.

Nach dem bestehenden Gesetz haben einen Anspruch auf Erstattung der eingezahlten Versicherungsbeiträge:

1. weibliche Personen, die eine Ehe eingehen,
2. Verletzte, die mehr als den siebenzehnteiligen Betrag des Grundbeitrages der Invalidenrente als Unfallrente beziehen und
3. Witwen und noch nicht 16 Jahre alte Kinder verstorbenen Versicherter, die eine Rente nicht erhalten hatten.

Im Jahre 1909 betrug die Summe, die auf Grund dieser Vorschriften ausgezahlt wurde, etwas über 9 1/4 Millionen Mark. Der Durchschnitt der zurückgezahlten Beiträge betrug für den Einzelfall 90,40 M., einige Rückzahlungen betragen 190 M. Dieses Recht auf Rückzahlung ihres Eigentums ist durch die Versicherungsordnung den Frauen, Witwen, Waisen und Unfallrentnern genommen. Man kann dem nicht entgegenhalten, daß die Reichsversicherungsordnung doch eine Art Entschädigung durch die sogenannte Hinterbliebenenversicherung biete. Denn zunächst ist der Kreis der Personen, denen ein Anspruch auf Rückerstattung zusteht, ein anderer, viel weiterer als der sehr enge Kreis, denen eine Skarlaturnatur einer Hinterbliebenenrente eingeräumt werden soll.

Es sollen ja nicht alle Witwen, sondern lediglich die völlig erwerbsunfähig gewordenen eine Rente erhalten. Das werden bei der Praxis, die durch die Reichsversicherungs-Kommission eingeführt ist, kaum fünf von hundert Witwen sein.

Ferner ist zwecks Aufbringung der Hinterbliebenenrente eine Erhöhung der Invalidenbeiträge von nicht weniger als 56 1/2 Millionen jährlich vorgesehen. Nebenbei ist in einigen Fällen der zurückzuerstattende Betrag höher als die sogenannte Witwen- und Kinderrente. Bekanntlich beträgt die auf Grund einer zehnjährigen Beitragsleistung in der niedersten Lohnklasse zu zahlende Witwenrente ganze 72,60 M. jährlich, also 27,80 M. weniger als der Durchschnitt der jetzigen Rückzahlungen, die in einigen Fällen sogar bis 198 M. betragen.

Diesen Raub des Eigentums hat das Einführungsgegesetz nach mehreren Richtungen hin vergrößert.

Erstens soll die Reichsversicherungsordnung zwar erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten, alle diejenigen aber, denen nach dem bestehenden Gesetz ein Recht auf Erstattung der von ihnen oder ihren Eltern gezahlten Beiträge zusteht, soll dies Recht nur bis zur Verkündung der Reichsversicherungsordnung zustehen. Wird die Reichsversicherungsordnung etwa am 15. Juni verkündet, so verlieren also alle Ehefrauen, die nach dem 15. Juni 1911, aber vor dem 1. Januar 1912 heirateten, ihr Recht auf Rückerstattung der Beiträge selbst ohne die Hoffnung auf einen Pfennig Entschädigung irgend welcher Art. Diesen Raub den Ärmsten gegenüber wagen die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen Sozialpolitik zu nennen.

Aber das ist noch nicht der kläglichste Schlag, den das Einführungsgegesetz gegen die Witwen und Waisen führt. Die jämmerlichen Renten, mit denen die Reichsversicherungsordnung die Waisen, Witwen und Arbeiter verhöhnt, erlöschen dem Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen noch zu hoch: es soll bis 1917 oder 1924, dem Ablauf der Wartzeit (200 bis 500 Wochenmarken, also fünf bis zwölf Jahre müssen zu deren Erfüllung gefleht sein), die Witwenrente nur 68 M. jährlich, also 17 bis 18 Pfennig, die Waisenrente gegen 9 Pf. täglich betragen. Die Witwen und Kinder verlieren aber ihren

Anspruch auf Rückerstattung der Beiträge, der im Jahre 1812 über 120 M. im Durchschnitt betragen würde, gänzlich! Erst wird den Witwen und Waisen im Jahre 1902 eine Witwen- und Waisen-Versorgung vom 1. Januar 1910 ab versprochen; neunzig Millionen Mark jährlich wurden versprochen, sie sollten aus den Zollerträgen vom Jahre 1906 ab gepart werden. Als das Jahr 1910 herangerückt war, befanden sich in dem Spartopf statt 450 bis 500 Millionen 56 Millionen, weil die konservativen und Zentrums-Junker mittels der Einfuhrscheine den Spartopf für sich geleert hatten. Dann nahmen Zentrum, Konservative und Nationalliberale den Witwen, die nicht selbst invalide geworden waren, die ihnen durch Reichsgegesetz versprochene Versorgung und raubten ihnen ihr jetzt ihnen gesetzlich zustehendes Recht auf Erstattung der von ihren verstorbenen Ehemännern geleisteten Beiträge. Die invalide gewordene Witwe sollte, wenn ihr Mann zehn Jahre lang gelebt hatte, 20 Pfennig pro Tag, ihre Kinder, wenn nur eins vorhanden, 10 Pf., sind zwei vorhanden, nur 9, sind drei vorhanden, nur 8 Pf. täglich erhalten. Und jetzt hat der Reichstag auch diese Sätze bis zum Jahre 1917 oder 1924 hin noch herabgesetzt!

Diese gemeine Expropriation und Vetrügerei gegen die Witwen und Waisen ist, wie wir schon früher betonten, der Gipfel des unter der Flagge einer Reichsversicherungsordnung gegen die Arbeiterklasse unternommenen Raubzuges.

Professor Dr. Leopold von Wiese hat in seinem Werke: „Pojadowsky als Sozialpolitiker“ seine Genossinnen, die Christlichsozialen, die Selbstverwaltung der Krankenkassen nicht über das in der Novelle von 1903 Geleistete hinaus zu beschränken. Er meinte:

„Die Rechnung hätte nicht die Sozialdemokratie zu zahlen — sie würde vielmehr als Partei Fortschritte machen —, sondern es würde die gesamte Arbeiterklasse um eines ihrer wesentlichsten Rechte verlustig werden.“

Dies Urteil ist durchaus zutreffend. Darüber hinaus müssen aber die anderen von uns angezeichneten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und die Ablehnung der Anträge der Sozialdemokratie Empörung in der Arbeiterklasse ohne Unterschied ihrer politischen Stellung hervorrufen. Die kleinen Verbesserungen, die die Reichsversicherungsordnung in anderen Punkten gegenüber dem heute bestehenden Zustand enthält, sind völlig ungenügende Abschlagszahlungen auf die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse. Und auch diese minimalen Zugeständnisse wären ja ohne das Drängen der Sozialdemokratie nicht einmal erfolgt. Wader und mannhaft hat die sozialdemokratische Fraktion unermüdet in der Kommission und im Plenum, leider zum größten Teil vergeblich, für Abwehr der ausnahmsrechtlichen Bestimmungen und für Verbesserungen gekämpft. Sie konnte gegenüber der kompakten gegen die Arbeiterklasse gerichteten Mehrheit nicht mehr ausdrücken. Die Mehrheit drängte auf Erledigung dieser Reichsversicherungsordnung, weil sie, wie die „Deutsche Tageszeitung“ so offenberzig zugab, fürchtete, der nächste Reichstag würde ein für die Arbeiterklasse besseres Gesetz zustande bringen. Der Inhalt der Reichsversicherungsordnung ist ein prächtiger Agitationsstoff für die Wahlen. Auch den indifferentesten Arbeiter muß diese Verhöhnung seiner Rechte, die gar noch vom Zentrum beschönigt wurde, aufpeitschen. Benutzen wir den von den Gegnern uns in die Hand gedruckten Agitationsstoff.

Die Bluttat in Moabit.

Vor der 38. Zivilkammer des Landgerichts Berlin I gelangte am 1. Juni die Klage der Witwe Hermann wider den preussischen Fiskus zur Verhandlung. Den Vorfall des Gerichtshofes führte Geheimrat Justizrat, Landgerichtsdirektor Dr. Hahn, Vertreter der Witwe Hermann war Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, Vertreter des Fiskus als Generalvertreter des Reichsanwalts Schulmacher Referendar Dr. Volzani. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld führte aus: Am 27. September 1910 waren die Eheleute Hermann, wohnhaft in der Bielefeldstr., befohlen, ihr 15jähriger Sohn, Lehrling in einem Handlungsbüro, könnte in den Kronwall, der damals in den Strafen Moabits herrschte, geraten und dadurch able Folgen davontragen. Da der Sohn an diesem Abend nicht rechtzeitig nach Hause kam, begab sich der Vater auf die Straße, um nach seinem kinde Ansehen zu halten. Er wurde sehr bald in der menschenleeren Straße von zwei Schaulenteu, die mit gezogenen Säbeln auf ihn loskamen,

ohne jede Veranlassung niedergeschlagen,

so daß er betäubt liegen blieb. In den aus Anlaß des Anfalls stattgefundenen Strafprozessen haben Zeugen endlich bekundet: Hermann lag in einer so großen Wutlage, daß es den Anschein gewann, es sei mit einer großen mit Blut angefüllten Gießkanne auf den Erdboden gegossen worden. Hermann wurde nach dem Krankenhaus geschafft, dort ist er am 8. Oktober 1910 an den erlittenen Verletzungen gestorben. Der Vorgang wurde in den Strafprozessen zum Gegenstande der Verhandlung gemacht, da ein Mann, der das Schlagen der Schaulente vom Collon aus gesehen, „Blutkünde“ hintertrie. In dem schriftlichen Urteil der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin I vom 11. Januar 1911 wird über diesen Vorgang folgendes ausgeführt:

Reichmanns Prämie.

Wilhelm II. hat dem Reichskanzler folgendem Brief geschickt:

Mein lieber von Bethmann Hollweg! Mit Befriedigung habe ich aus Ihrer Meldung erfahren, daß nach dem glücklichen Zustandekommen des Gesetzes über die Verfassung von Eljas-Lothringen nun auch die Vorlage der Reichsversicherungsordnung die Zustimmung des Reichstags gefunden hat. Wenn es gelungen ist, diese beiden bedeutungsvollen Gesetzgebungswerke nach langwierigen Verhandlungen und nach Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten in einer den Interessen des Reiches entsprechenden Weise zum Abschluß zu bringen, so ist dieses erfreuliche Ergebnis nicht zum mindesten Ihrem persönlichen Eingreifen, Ihrer staatsmännischen Kunst und zielbewußten Arbeit zu verdanken. Ich kann es mir daher nicht verkagen, Ihnen zu diesem Erfolge Reinen wärmsten Glückwunsch und Reinen Kaiserlichen Dank auszusprechen. Um aber Reiner Anerkennung und Reinem Wohlwollen noch einen besonderen Ausdruck zu geben, habe ich Ihnen Reine beifolgende Bildnis verliehen. Bei dessen Anblick seien Sie allezeit eingedenk der herzlichsten Dankbarkeit.

Ihres wohlgeneigten (gez.) Wilhelm I. R.

Wilhelm II. ist in seiner Art wieder etwas überdramatisch. Namentlich in seiner Zufriedenheit mit der antisozialen Reichsversicherungsordnung befindet er sich in scharfem Widerspruch mit der ungeheuren Mehrzahl der Reichstagen.

Aber der eigentliche Anlaß zu diesem Schreiben ist wohl das Zustandekommen des elassischen Verfassungswerkes. Die große staatsmännische Kunst und zielbewußte Arbeit, die dabei dem Reichskanzler nachgerühmt werden, findet Wilhelm II. offenbar in der rechtzeitigen Erkenntnis des Reichskanzlers, daß nur die Annahme der sozialdemokratischen Forderung des gleichen Wahlrechts das Gesetz ermöglicht habe. Den Konservativen wird diese Auffassung vermutlich nicht recht sein. Sie werden finden, daß Wilhelm II. dem Reichskanzler sein Bild verliehen, die Sozialdemokratie aber es ihm verschafft hat. Und — das sagt uns unser allerdings ungefaltener kleiner Finger — morgen wird der „fromme“ „Reichsbote“ einseitig konstatieren: Diese im Kaiserbilde hastet der Ludergeruch der Revolution an.

Kröcher als „starker Mann“.

Herr Jordan v. Kröcher, der Präsident des preussischen Klassenparlaments, will im nächsten Jahre das Amt des Präsidenten nicht mehr übernehmen. So teilt die „Märkische Volkszeitung“, eine Nebenabgabe der „Germania“ mit. Das Blatt weiß aber zu berichten, daß Herr v. Kröcher in der fraglichen Versammlung, die in Gardelegen tagte, erklärt hat:

Wegen die Sozialdemokratie, weil sie eine Umsturzpartei ist, müßten ebensolche Gesetze geschaffen werden, wie gegen Hochverrat und andere Verbrechen. Ausnahme Gesetze könne man das nicht nennen. Wir leben jetzt in Angst vor den Roten, denen immer eine „Extrawurst“ bereitet werde. Dagegen werde jedes grobe Wort seitens eines Militärvorgesetzten gleich als Soldatenmißhandlung womöglich mit Festung bestraft.

Herr v. Kröcher schien einst der starke Mann sein zu wollen, nach dem die Reaktionen förmlich gelächelt haben. Jetzt ist er recht alt geworden, und seine Kundgebungen gegen die Sozialdemokratie lassen sich nun wohl mehr auf die Geschwägigkeit des Alters zurückführen.

Konservativ-nationalliberal-freisinniges Stichwahlabkommen.

Wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, ist im Kreise Rannburg-Weihenfelds ein schriftliches Stichwahlbündnis zwischen den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen abgeschlossen worden. Bei einer Stichwahl wollen sich also diese Parteien gegen den sozialdemokratischen Kandidaten gegenseitig unterstützen.

Im Jahre 1907 siegte der freisinnige Rektor Sommer mit Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien über den Sozialdemokraten, der während zwei vorhergehender Legislaturperioden das Mandat behauptet hatte. Das „Berl. Tagebl.“ spricht seine schärfste Mißbilligung über den kläglichen Pakt des Freisinn mit den Konservativen aus. Es sei selbstverständlich, daß die fortschrittliche Volkspartei mit dem Sozialdemokraten um den Wahlkreis kämpfen werde. Sollte aber wirklich der konservative Kandidat mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommen, so sei es ein solcher Schritt schlimmer Art, den Reaktionen gegen den Sozialdemokraten herauszubauen. Der Kampf müsse unter allen Umständen gegen rechts geführt werden. Durch ein solches Abkommen des Fortschritts mit der Reaktion, das die gebotene Taktik des entschiedenen Liberalismus mißbilligt durchkreuzt, werde jedem wirklichen liberalen Empfinden geradezu ins Gesicht geschlagen.

Reiter befand sich der Freisinn in dem Wahlkreise Weihenfeld schon seit jeher in einem Zustande völliger politischer Versumpfung. Im Jahre 1906 hatte er überhaupt keinen eigenen Kandidaten aufgestellt und beim ersten Wahlgang offenbar bereits für den Nationalliberalen gestimmt, während er es im Jahre 1898 immerhin noch auf 3656 Stimmen gebracht hatte. Es kam damals zur Stichwahl zwischen dem Reichsparteiler und dem Sozialdemokraten, bei der der Freisinn zum größten Teil für den Reichsparteiler stimmte. Das jetzige Stichwahlabkommen mit den Konservativen und Nationalliberalen setzt also nur die alte schlechte Tradition des Weihenfelders Freisinnes fort. Es ist aber nichtschonweniger ein Armindegnis für den Freisinn, daß selbst in dieser Zeit des Kampfes eine freisinnige Organisation sich schriftlich zur Unterstützung eines konservativen Vereinfacht!

Und noch schlimmer wird die Sache dadurch, daß offenbar die Freisinnigen die Verpflichtung übernehmen, für die konservativen Stichwahlhilfe in Weihenfeld den Konservativen in Querfurt-Werberg ihre Unterstützung zu leisten. Dort erhielt 1907 der konservative Abgeordnete Winkler 11210, der Freisinnige Koch 8270 und der Sozialdemokrat Pollender 8517 Stimmen. In der Stichwahl siegte Winkler mit 17045 gegen 9380 sozialdemokratischen Stimmen. Es handelt sich also um ein gegenwärtiges Schutzbündnis Sommer-Winkler. Konservativen und Freisinnigen stehen vereint gegen die Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Wir denken, daß diese Kundgebung von Mandaten an den schwarzblauen Block durch Fortschrittler die Inverfänglichkeit des Freisinn im Kampfe gegen die Reaktion wieder einmal ins rechte Licht stellt.

Konservative und Ultramontane

sind jetzt ein Herz und eine Seele. Das war nicht immer so. Nach der Gründung der Reichstagsfraktion des Zentrums war in der „Kreuzzeitung“ (22. Juni 1871) ein Leitartikel zu lesen, der mit den Worten begann:

Eine eigentümliche Erscheinung ist die sogenannte liberale Fraktion des Reichstags, eine Fraktion, die sich vergeblich dadurch einen politischen Anstrich zu geben versucht, daß sie sich selbst den Namen Fraktion des Zentrums beigelegt hat. Gebildet und geführt von den Korpsbuden derjenigen Partei innerhalb der katholischen Kirche, welche als die Affilierte und Bundesgenossin des römischen Jesuitismus bezeichnet werden muß, hat dieselbe alle Mittel unglücklich und

Ueber den Kernpunkt der Frage, über die Beziehungen zwischen Universität und Polizei, fällt das Organ der russischen Liberalen folgendes Urteil: „Es zeigt sich also (nach den Erklärungen des Ministers), daß das preussische Kultusministerium hier nicht der Schutzbude ist; daß die preussische Universitätsbehörde freiwillig die Dienste von Spiegeln in Anspruch nehmen, um über die russischen Studenten eine Inquisition zu verhängen; und daß es einen preussischen Professor von bedeutendem wissenschaftlichen Ruf und liberaler Weltanschauung geben kann, der sich nicht nur mit dieser Lastsache ausöhnt, sondern auch seine Freunde über sie ausdrückt.“

Das, Herr Prof. Liszt, ist das Urteil, das von Ihren politischen Gesinnungsgenossen in Russland über Ihre Haltung in einer für die Ehre der deutschen Wissenschaft so eminent wichtigen Angelegenheit gefällt worden ist!

„Nieder mit den Klöstern“.

Brüssel, 30. Mai. (Eig. Ber.)

Der Ruf geht nun seit Wochen durchs ganze Land, als Antwort auf die Schulvorlage, als Antwort auf das beabsichtigte 20 Millionenbudget für den kirchlichen Schulunterricht. Dieser Ruf schallte nun auch der Regierung von den Banken der Opposition entgegen, als ihre Wortführer bei der Begründung für die Zulassung zur Tagesordnung das kirchliche Nachwerk verteidigten. Diese Zulassung zur Tagesordnung ist bekanntlich die dringlichste Angelegenheit der Regierung und überragt an Wichtigkeit alle anderen Staatsnotwendigkeiten. So hat die liberale Regierung zum Beispiel keine Zeit zur Prüfung des Budgets, was ihr schon früher einmal eine Demonstration seitens der Linken des Senats eingetragen hat — und sie läßt sich von ihrer Majorität mir nichts dir nichts 164 000 000 „provisorisch“ bewilligen, damit nur die Klosterschulen, wie sie hofft, so rasch als möglich zu ihrem Schacher mit dem Schulbon kommen.

Eine Demonstration der Oppositionsparteien gegen diese Frivolität wie gegen die Eile, zur Diskussion und wo möglich zur Votierung des Schulgesetzes zu kommen, war die Kollektiv-Erklärung der Linken durch den Abgeordneten Neujean, die der Debatte über die Zulassung der Tagesordnung voranging. In dieser Erklärung protestierten die Parteien der Linken gegen das unkonstitutionelle Vorgehen der Regierung, das Parlament um seine Kontrolle zu bringen, damit die kirchliche Mehrheit ihren Anschlag einer obligatorischen Subventionierung der konfessionellen Schulen inszenieren könne. Nach diesen Worten verließ die Linke, die damit gleichzeitig die Verantwortung für diese leichtfertige und durch nichts gerechtfertigte Provisoriumswirtschaft ablehnte, den Saal, um erst, nachdem die „Majorität“ „bewilligt“ hatte, zu erscheinen, um mit ihren temperamentvollen und beiführenden Zurufen die klägliche Rede des Geheimpredigers Limburg-Stirum zu würzen. Die Zwischenrufe prasselten nur so nieder, aber der kirchliche Redner, der bekanntlich das Regierungsprojekt für einen tatsächlichen Mandatsverstoß zu einem Initiativantrag „umgearbeitet“ hatte, ließ sich im — Vorlesen des Textes nicht stören. Aber auch die immerhin mit etwas mehr Spannung als die Rede des armen Strohmannes Limburg erwartete Rede des eigentlichen Vaters des Projektes, des Ministers Schollaert, brachte in jeglichem Betracht Enttäuschung. Er hielt eine Rede „daneben“, wie man sagt, indem er die Sache so darstellte, als ob die Linke jede Subventionierung der „écoles libres“, der konfessionellen Schulen (das derzeitige Regime sichert ja ohnehin reichlich genug den kirchlichen Schulen ihre Einkünfte), verhindern wolle. Worauf Herr Schollaert denn auch erklärt wurde, daß es sich darum handelt, daß die Regierung die Subventionen — und zwar das Stimmchen von etwa 20 Millionen umschliegend — obligatorisch machen und die Gemeinden mit den Schulbon verpflichten wolle, diese Millionenausgaben zu machen.

Bei weitem interessanter als die salzlose Rede des Ministers war eine Rede des sozialistischen Deputierten Bauters, aus der man erfuhr, wie die berühmte Petitionierung zustande kommt, mit der die Regierung beweisen will, daß sich ein „großer Teil“ der Bevölkerung, eben die „christlich“ gestimmte, für das kirchliche Schulprojekt einsetzt. Man erfuhr da nämlich auf Grund authentischer Dokumente, daß die jeweils besten Helfer der katholischen Partei, die Herren Pfarrer, auch diesmal aufgerufen werden, diese Petitionierung „zu machen“. Und Herr Boute sprach in derselben Sitzung von dem freventlichen „Parteigeist“ der Opposition, als diese die Votierung der provisorischen Kredite obstruierte! So etwas wie „Parteigeist“ gibt es nämlich nicht in der kirchlichen Partei, die eben jetzt daran ist, ein Gesetz zu machen, das die lauteste Personifikation des niederträchtigsten Parteigeistes ist.

Aber die Regierung hilft sich, wie sie kann, um ihre Macht zu demonstrieren. Jetzt mobilisiert sie auch die Gewalt gegen jene, die ihre Minister bei ihrem Erscheinen unter der Wählerschaft etwas unfreundlich aufnehmen. In Antwerpen, wo Herr Schollaert bei Wgend einem Bankett erschien, wurde ihm bei seinem Gang nach dem Bahnhof die Meinung der Bevölkerung über sein Schulgesetz in nicht mißzuverstehender Weise gezeigt. Wie die bezügliche Interpellation der Opposition zutage förderte, hat Herr Schollaert bereitwillig seine Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung zweier Journalisten, eines sozialistischen und eines liberalen, gegeben, die man aus der demonstrierenden, pfeifenden Menge als Häufelührer herausuchte und die man oben, wie es scheint, dem Geschworenengericht zu entziehen bemüht ist. Damit wird die Regierung freilich dem weiteren Auspfeifen (das ihr schon bei den letzten Wahlen mehrfach passierte) nicht entgehen, nicht den Demonstrationen gegen ihr Schulgesetz und nicht dem endlichen Volksgericht, das früher oder später die Wahlen herbeiführen werden.

Indessen wird die Rechte den parlamentarischen Sturm zu bestehen haben und, wie die bisherigen Sitzungen ahnen lassen, wird er nicht leicht für sie sein. . . .

Eine Kundgebung in Brüssel.

Brüssel, 1. Juni. Im Jirkis fand gestern die angekündigte große Versammlung der Liberalen, Sozialisten und Radikalen gegen das Schulgesetz statt, die von über 6000 Personen besucht war. Die Versammlung erklärte, daß sie mit allen Mitteln die Einföhrung des Gesetzes verhindern würde, weil es eine Nichtachtung der Konstitution bedeute, und proklamirte die Einföhrung der Linken zur Bekämpfung des Gesetzes und Erlangung des allgemeinen Stimmrechts. Nach Schluß der Versammlung zogen die Kundgeber mit Musik und Fahnen an der Spitze durch die Stadt. Die erwartete Gegenkundgebung der Parteien der Rechten unterließ und der Umzug endete ohne weiteren Zwischenfall.

„Nun ist aber weiter“ auf Grund der Aussage der Jordanschen Eheleute als festgestellt erachtet worden, daß nach Säuberung der Straße ein Mann ruhig und für sich allein von der Beußelstraße in die Wicelstraße einbog und daß er in der damals menschenleeren Straße an der Kirche zuerst von einem Schuhmann einmal und dann von einem zweiten Schuhmann zweimal berast mit dem Säbel geschlagen wurde, daß er stark blutend und jammernd zu Boden fiel. Diese beiden Schutleute hatten zu ihrem Einschreiten keinerlei Berechtigung.

Die Straße war menschenleer, der Geschlagene ging ruhig ohne jede Widersehllichkeit oder gar Tötllichkeit durch die Straße. Er war als harmloser Passant zu betrachten, von dem die Schutleute weder für sich, noch für die öffentliche Ordnung etwas zu befürchten hatten. Wenn sie gleichwohl auf ihn einschlugen, so befanden sie sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes, sondern hatten sich eines argen Amtsmißbrauchs schuldig gemacht.

argen Amtsmißbrauchs schuldig

gemacht. Selbst wenn der Mann in der Beußelstraße zu den Aufsehrern gehört hätte, so war er jedenfalls nach seinem Einbiegen in die Wicelstraße von jedem strafbaren Tun zurückgetreten. Hier würden die Schutleute das Recht gehabt haben, ihn festzunehmen, keinesfalls aber waren sie in diesem Augenblick befugt, auf ihn mit Säbel einzuschlagen.

Die Familie Hermann ist somit durch dieses Vorgehen zweier Schutleute ihres Ernährers beraubt worden. Die Kinder haben das Magerrecht auf die Mutter übertragen. Die verwitwete Frau Hermann hat nun gegen die Stadtgemeinde Berlin und den preussischen Fiskus die Klage erhoben, ihr eine dauernde Rente von wöchentlich dreißig Mark — der Durchschnittsverdienst des erschlagenen Mannes — zu zahlen. Die Klage gegen die Stadtgemeinde Berlin soll einstweilen ruhen, dagegen beantrage ich, den Fiskus, dem Klageantrage gemäß kostenpflichtig zu verurteilen, und zwar vom 27. September 1910 ab nebst 4 Proz. Zinsen. — Referendar Dr. Volkani: Ich beantrage, das Verfahren auszusetzen bis zur Erledigung des Ermittlungsverfahrens wider die zwei unbekanntenen Schutleute, das augenblicklich bei dem Landgericht Berlin schwebt. — Vorsitzender: Hierbei entsteht die Frage, ob dieses Ermittlungsverfahren in absehbarer Zeit abgeschlossen werden wird. Rechtsanw. Dr. Kurt Rosenfeld: Ich bitte dringend, den Antrag abzulehnen. Das Ermittlungsverfahren gegen die zwei unbekanntenen Schutleute ist erst nach Beendigung der Strafprozesse eingeleitet worden. Bis dahin ist gar nichts geschehen,

es ist nicht einmal vom Polizeipräsidenten, wie das sonst üblich ist, eine Belohnung ausgeschrieben worden. Erst später hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Belohnung ausgeschrieben. Ich habe vor einiger Zeit mit Herrn Staatsanwalt Stelzner Rücksprache genommen. Dieser teilte mir mit: Es seien in dem Ermittlungsverfahren sämtliche Zeugen, die in den beiden Strafprozessen vernommen wurden, noch einmal vernommen und allen Schutleuten, die an jenem Tage in Wicel tätig waren, gegenübergestellt worden. Es sei jedoch keinerlei Ergebnis erzielt worden. Da aber noch fortwährend neue Anzeigen eingegeben, so sei ein Ende des Ermittlungsverfahrens nicht abzusehen.

Die Klägerin hat aber begreiflicherweise das größte Interesse, daß der Prozeß möglichst beschleunigt wird. — Vorsitz.: Ist die Klägerin preussische Staatsangehörige? — Rechtsanw. Dr. Rosenfeld: Ich nehme das mit Bestimmtheit an, eruche aber, wenn es bezweifelt wird, die Auskunft der Polizei einzuziehen. — Der Gerichtshof beschloß, die Akten im Ermittlungsverfahren gegen die zwei unbekanntenen Schutleute einzufordern und die weitere Verhandlung zum 6. Juli anzuberaumen.

Die russische Presse über den Fall Dubrowski.

Die Äußerungen der russischen Regierungspresse über die Polizeiherrschaft an den preussischen Universitäten bestätigen die Ansicht von der Interessen- und Gesinnungsgemeinschaft der preussischen und der russischen Reaktion. Diese gegenseitige Unterstützung kommt besonders kräftig zum Ausdruck in den Artikeln des nationalistischen „Swet“ und echrussisch-kerikalen „Kolosol“, die mit schmatzendem Gehagen die Beleidigungen und Herabwürdigungen nachdrucken, die die preussischen Minister und konservativen Führer gegen die russischen Studenten öffentlich gerichtet haben. Es dürfte für diese Herren wohl eine große Genugtuung sein, daß sie nicht bloß in Ostelbien, sondern auch bei den echrussischen Bogromhelden ein dankbares Auditorium gefunden haben. Auch das Stolypinsche Leiborgan „Kossija“ druckt diese Insinuationen nach und stellt der zulezt etwas widerspenstig gewordenen Duma das preussische Dreiklassenparlament als Vorbild hin. Im übrigen hält es dieses Blatt nach den Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus für „erwiesen“, daß Dubrowski aus „rein persönlichen“ Motiven Selbstmord begangen habe, eine Methode, die ob ihrer Einfachheit den Reid doch noch immer schweigenden Herrn v. Trott zu Solz erwecken dürfte.

Recht energisch geht dagegen die liberale russische Presse mit der preussisch-russischen Volksechmach ins Gericht, wobei sie in diesem Falle den deutschen Liberalismus kirchturnhoch überragt. So schreibt das Petersburger Stadtetnorgan „Reisch“: „Wir sind über die rührende Enttacht der „herrschenden“ Elemente der preussischen wie der russischen Kammer nicht erstaut, die abermals beweist, daß die politische Veruntreuungswut auch eine internationale Erscheinung ist. Wir wollen bloß an der Hand von Tatsachen und Dokumenten, die zudem deutscher Herkunft sind, nachweisen, daß der Triumph der preussischen und russischen Finsterlinge überreilt und leichtfertig ist; daß das preussische Abgeordnetenhaus, das offenbar vergessen hatte, daß es sich hier nicht nur um den unglücklichen russischen Jüngling, sondern auch um die Ehre und den Weltrauf der deutschen Bildung handelte, den Fall Dubrowski nicht gründlich geprüft hat, sondern mit ertauulicher Oberflächlichkeit über ihn hinweggeglitten ist; und daß endlich der berühmte Berliner Professor Liszt, der nun bei unseren Nationalisten und Reaktionen armselige Vorbeeren erworben hat, in dem Augenblick, wo er es als möglich erachtete, seine Befriedigung über die von ihm selbst angeregte Debatte im preussischen Parlament laut kund zu tun, eher von seinem optimistischen Sanftmut Zeugnis ablegte, als von der vorsichtig abwägenden Gründlichkeit, die ihm als Gelehrten zu eigen sein müßte.“

politischer Agitation in Bewegung gesetzt, um das Zustandekommen der Einheit Deutschlands und die Begründung des Deutschen Reiches zu verhindern. Es liegt nicht an ihrem guten Willen noch an ihren eifrigen Bemühungen, daß beides nicht zustande gekommen ist.

Der Artikel schloß mit der Versicherung, daß die deutsche Reichsregierung, die bisher der liberalen Partei mit einer gewissen Zurückhaltung gegenübergestanden habe, auf die Dauer sich nicht auf die Verteidigung beschränken, sondern bald zum Angriff und gleichmäßig nach innen wie nach außen übergehen werde — eine Entwicklung, die schwerlich zugunsten der Ultramontanen ausfallen dürfte. Denn: „War schon vor dreihundert Jahren in Deutschland das Deutschtum stärker als das Römertum, um wie viel mehr heute, wo Rom nicht mehr die Hauptstadt der Welt, sondern die Hauptstadt Italiens ist, und wo die deutsche Kaiserkrone nicht auf dem Haupte eines Spaniers, sondern eines deutschen Fürsten ruht.“

Die Ultramontanen legten es zu jener Zeit darauf an, die Konservativen vom Kulturkampf fernzuhalten. Namentlich waren es die beiden Reichensperger, die sich mit Eifer darum bemühten, die Konservativen für den Gedanken eines Zusammengehens aller wahrhaft staatsverbändig und christlichgläubig gesinnten Elemente zu gewinnen. Allerdings mit geringem Erfolg. Nur ein bedeutender Konservativer ließ sich von den Ultramontanen lockern: der Magdeburger Appellationsgerichtspräsident v. Gerlach, der später dem Zentrum beigetreten und von diesem auch in den Reichstag gewählt worden ist. Als Herr v. Gerlach — es war im Frühjahr 1871 — für den Bund aller konservativ gesinnten Leute im Reich, namentlich aber für ein Zusammengehen der Konservativen und der liberalen Partei eintrat, da schrieb die „Kreuz-Zeitung“:

„Je mehr wir unsere Zeit zu jeder Zeit den kirchlichen Ansprüchen unserer katholischen Mitbürger gerecht zu werden und bemüht haben und je mehr wir auch heute noch aller Differenzen ungeachtet die christliche Gemeinschaft mit den Katholiken zu schätzen wissen, welche Gott geben, was Gottes, aber nicht den Götterdienst vorzuziehen, um dem Kaiser zu entziehen, was des Kaisers ist, umfomehr beklagen wir den Irrtum aller derjenigen, die in dem politischen Katholizismus, wie er in den neuesten Bestrebungen einer gewissen Partei der römischen Kirche zutage getreten und dessen deutscher Ausdruck die sogenannte Zentrumsaktion des Reichstags ist, einen deutschen konservativen Bundesgenossen begrüßen oder denselben als christlichen Vorkämpfer gegen das moderne Antichristentum anpreisen. Ein evangelischer Christ, der den Schluß und die neuesten vatikanischen Konzilsbeschlüsse (Infallibilitätsdogma) gelesen und verstanden hat und der dennoch glaubt, die evangelische mit der römischen Kirche verständigen und mit der liberal-konservativen Fraktion „gemeinschaftlich an dem konservativen Auf- und Ausbau Deutschlands arbeiten zu können — den Irrtum wie vielleicht wegen seiner Ideale und Illusionen bemerken, als praktischer Staatsmann aber möchte er sich hier kaum bewähren.“

Der „politische Katholizismus“ ist seitdem, was seine Grundidee betrifft, nicht anders geworden. Der Schluß vom Jahre 1864 und das Infallibilitätsdogma vom Jahr 1870 bestehen beide noch zu Recht und was seitdem, namentlich in neuester Zeit hinzugekommen ist, läßt erkennen, daß die römische Kirche nicht gewillt ist, auch nur einen Finger breit vom gewohnten Wege abzuweichen. Heute aber tragen die Konservativen kein Bedenken mehr, „mit der liberalen Fraktion an dem konservativen Auf- und Ausbau Deutschlands zu arbeiten.“ Heute gehen sie mit der „gewissen Partei der römischen Kirche“, mit der Affilierten und Bundesgenossen des römischen Jesuitismus. Freilich gilt es auch nicht mehr die Einheit Deutschlands und derlei hohe und höchste Güter zu retten. Es handelt sich um materielle Interessen: Lebensmittelwucher, Schnapssteuergabe, Schutz des Geldwuchers vor Besteuerung, vor allem aber die Niederhaltung der Arbeiterklasse. Und in diesen Dingen hat das Zentrum den Nachweis der Zuverlässigkeit und der Bündniswürdigkeit erbracht, und deshalb wird heute kein Konservativer, der dem Bunde der Schwarzen und der Blauen das Wort redet, von seinen Gesinnungsgenossen wegen seiner „Idealen und Illusionen“ verspottet, im Gegenteil: er bewährt sich dadurch als „praktischer Staatsmann“.

Aus dem „Reichsboten“. „Der ganze Jammer unserer, an Schlaf herabhängenden Bügel bewegten inneren Verhältnisse trat schließlich bei der Behandlung der eisenlothrägen Verfassungsvorlage in die Erscheinung.“ Als König Friedrich Wilhelm IV. mit der Demokratie zu partiiieren anfing, war es schon unvermeidlich, daß er auch mit der schwarz-rot-goldenen Fahne — damals die Flagge der Revolution — vor ihr (?) herreiten mußte. Das preussische Herz trampft sich noch heute bei dem bloßen Gedanken an die Möglichkeit dieses Vorganges zusammen. Die Vorgänge im Reichstage bei Beratung der reichsständischen Verfassung hinferrückte auf die vaterländischen Kreise auch schmerzliche Eindrücke.“

Der Bundesrat hat in der heutigen Sitzung folgenden vom Reichstag angenommenen Beschlüssen die Zustimmung erteilt: 1. betreffend die Gewährung einer außerordentlichen Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags, 2. wegen Änderung des Hundwarenschuldengesetzes, 3. betreffend den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Schweden, 4. betreffend die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen zu Japan, 5. betreffend die Befreiung von Zollerladern, 6. der Reichsverfassungsordnung und dem Einfuhrzollgesetz.

Liberaler Einigung in Westfalen.

In einer Einigungskonferenz für den Bezirksverband Hagen erklärte die Fortschrittler, die Nationalliberalen in Bochum und Dortmund unterstützen zu wollen gegen national-liberale Wahlhilfe in Altena-Herlorn. In Dantun wollen die Fortschrittler so lange an der eigenen Kandidatur festhalten, wie die Liberalen ihre Gegenkandidatur in Hagen ausrechen erhalten.

Die hamburgische „Finanzreform“.

Der Kampf um die Gewährung der hamburgischen Staatsfinanzen wurde am Mittwochabend in der Bürgerstadt fortgesetzt. In den vorigen Sitzungen war es die Erhöhung der Raigebühren und des Lonnengelbes, die nach Ansicht der interessierten Kreise Hamburgs Handel schwer schädigen würde, in der letzten Sitzung die Erhöhung des Wassergeldes, gegen die aus zum Teil entgegengelegten Gründen so ziemlich von allen Seiten Sturm gelaufen wurde. Die letztere Abgabe wurde glatt abgelehnt, während die anderen Vorschläge wenigstens noch einer Auskuffprüfung gewürdigt wurden, aus der heraus so wohl in wesentlichen modifizierter Form ins Plenum zurückgelangen werden. Wie Genosse Stube schlägt nach, welche durch eine zwanzigprozentige Erhöhung der Einkommensteuer alle Finanznot ein Ende haben, da eine solche Erhöhung zehn Millionen einbringen würde, also drei Millionen mehr als gefordert wird. Dann wurde bis Mitternacht die Steuer auf Kustbarkeiten erörtert, gegen deren Auswüchse Genosse Krause schweres Geschick aufzührte, dessen Durchschlagkraft auch von anderer Seite anerkannt

würde. Auf Antrag unserer Fraktion wurde dieser Teil der Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Gesinnungsschnüffelerei in Bayern.

Aus einem größeren oberbayerischen Orte wird der „Münchener Post“ gemeldet, daß ein Polizeibeamter die Wohnungen der zum Militärdienst ausgehobenen jungen Leute aufsucht und u. a. folgende Fragen an sie richtet:

Sind Sie Mitglied einer freien Gewerkschaft oder der Partei? Oder der freien Turnerschaft? Lesen Sie die „Münchener Post“ oder das „Bayer. Wochenblatt“? Haben Sie sich am Festzug sowie an der Kaiserfeier beteiligt? usw.

So arbeiten also auch im „demokratischen“ Bayern Polizei und Militarismus Hand in Hand, um die Kaiserin vor den Gefahren des „Umsturzes“ zu schützen. Ganz nach preussischem Muster.

Vorurteilliches.

Auf dem 9. Verbandstage des Verbandes mitteldeutscher Konsumvereine, der jetzt in Cassel tagte und auf dem 183 Genossenschaften mit über 90 000 Mitgliedern vertreten waren, wurde auch über die genossenschaftliche Bildungsarbeit gesprochen. Generalsekretär Kaufmann-Hamburg hielt das Referat. In der Diskussion brachte ein Delegierter aus Hayweissig (Kreis Bitterfeld) einen Fall zur Sprache, der ebenso ehrenhaft für die proletarische Genossenschaftsbewegung wie blamabel für die preussische Regierung ist. In der Schule des genannten Ortes war infolge der Armut der Schulgemeinde ein großer Mangel an Material zum Anschauungsunterricht und deshalb bewilligte der Konsumverein 100 M., um sie dem Schuldorstand zur Ergänzung der Lehrmittel zur Verfügung zu stellen. Dieser nahm die Summe auch mit Dank an; er mußte aber die Annahme verweigern und das Geld zurückzahlen auf Geheiß der Regierung in Merseburg. — Preussisch, echt preussisch!

Ein schwarzes Kulturbild aus Bayern.

In bayerischen Landgemeinden herrschen häufig noch Schulzustände, die es beinahe wünschenswert erscheinen lassen, daß auch gegenüber der Schule ein Kinderschutzgesetz geschaffen wird. Recht bezeichnend ist eine Korrespondenz, die der Hofer Anzeiger aus der oberpfälzischen Gemeinde Unterlind bringt. Siernach ist dort der Schulbeginn auf früh 6 Uhr festgesetzt. „Früh 5 Uhr.“ so heißt es weiter, „müssen daher auch die Kinder, weiter entfernt wohnende noch früher, aus dem besten Schläfe geweckt, mitunter auch geprügelt werden, um ja Punkt 6 Uhr in der Schule zu sein. Eltern, deren Berufspflichten ein so frühes Aufstehen nicht bedingen, verschlafen nicht selten; die Kinder kommen etwas zu spät zur Schule und werden deshalb gestraft, obwohl sie kein Verschulden trifft. Mit Angst gehen solche Kinder zu Bett; ängstlich gilt früh beim Erwachen ihr erster Blick der Uhr, und ist es wirklich schon etwas spät, dann gibt es kein Säumen, kein Kaffeetrinken mehr. Mit leerem Magen, aber mit Angst und Beklemmung eilen sie zur Schule, wissen sie doch nur zu gut, daß es heute wieder wegen des Zuspätkommens Hiebe abgehen wird“ usw. — Es muß hervorgehoben werden, daß in jenen entlegenen Winkeln das Schulwesen ganz nach dem Herzen des Zentrums beschaffen ist: die Geistlichkeit führt das unumstößliche Kommando, und niemand wagt es, ihr ihre Herrschaft streitig zu machen. Die Gegend, in der Unterlind liegt, gehört zu den dunkelsten Bayerns; sie ist noch nahezu sozialistenrein. Genossen, die auf jene Dörfer kommen, um Flugblätter zu verbreiten, haben mit nicht geringen Gefahren zu rechnen, wie sich schon wiederholt ereignet hat. In Unterlind selbst wurden erst im letzten Winter einige sozialdemokratische Flugblattverteiler, noch ehe sie ihre Arbeit recht begonnen hatten, von einer aufgehetzten Menschenmenge, darunter viele Schulkinder, zum Ort hinausgesteinigt. Diese Heldentat wurde damals von der Zentrums-Presse als höchst nachahmenswert bejubelt. So steht die Kultur in den Gegenden aus, wo das Zentrum herrschend ist.

Steuerhinterziehung eines Landwirts.

Der Rätner Heinrich Biermann aus Lössle stand am Dienstag vor dem Schöffengericht 25 Hannover unter der Verdächtigung, in den Jahren 1906 bis 1910 sein Einkommen willkürlich und in der Absicht der Steuerhinterziehung unrichtig angegeben zu haben. Der Angeklagte besaß 3 Höfe, zwei in Lössle und einen in Kirchwehren. Im Jahre 1905 verkaufte er das Kirchwehrensche Gehöft gegen Grundstücke in Lössle. In der angegebenen Zeit hat der Angeklagte sein Jahreseinkommen in Höhe von 3000—3500 M. angegeben. In Wirklichkeit hatte er nachweislich im Jahre 1906 bereits mindestens ein Vermögen von 71 600 M. Aus diesem Vermögen hat er Einkommen nicht deklariert. Im Laufe der Zeit hat er drei Töchter ausgeheiratet, die insgesamt rund 100 000 M. Mitgift erhalten haben. Seine drei Schwiegerfrauen waren zur Befähigung dieser Ausgaben des Angeklagten als Zeugen geladen. Der Angeklagte verfuhrte in der Verhandlung zu behaupten, er habe diese großen Geldsummen aus seinem landwirtschaftlichen Betriebe erübrigt. Er habe diese Ersparnisse aus dem Grundvermögen nicht zur Einkommensteuer angemeldet, weil sie ihm keine Finken gebracht hätten. Im übrigen erklärte sich der Angeklagte mit Unwissenheit und sagte so gut wie gar nichts. In seinem Besitz sind indes außer zahlreichen Wertpapieren Korrespondenzen beschlagnahmt, die er mit einem hiesigen großen Bankhause geführt hatte. Das Gericht betonte, daß hieraus zur Genüge ersichtlich sei, daß der Angeklagte einen sehr lebhaften Bankverkehr unterhalten habe und entgegen seiner Behauptung als ein guter Finanzmann zu bezeichnen sei. Die Steuerbehörde hat festgestellt, daß der Angeklagte seit dem Jahre 1906 mindestens aus einem Kapitalvermögen von 44 750 M. kein Einkommen zur Versteuerung angemeldet hat, und das Gericht stellte diese Tatsache ebenfalls fest. Nach der Berechnung hat er davon mindestens ein Einkommen von 1790 M. gehabt und hat in den 5 Jahren insgesamt nachweislich 148,60 M. zu wenig Steuer entrichtet. Nach § 72, Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes kann auf den vier- bis sechsfachen Betrag der hinterzogenen Jahressteuer als Strafe erkannt werden. Das Gericht nahm in Uebereinstimmung mit dem Vertreter der Anklagebehörde den fünffachen Betrag als die verurteilte Strafe an und verurteilte den Angeklagten zu 700 M. Geldstrafe eventuell 75 Tagen Haft.

Fidels „Ehrenhaft“.

Der Rechtskandidat Hans v. Jwehl aus Celle, jetzt in Königsberg, und ein Rechtsanwalt hatten sich wegen Kartelltragens eine Festungsstrafe zugezogen, die sie im Sommer 1910 in der Zitadelle zu Magdeburg verbüßten. Während seiner Festungszeit soll v. Jwehl drei militärische Posten beleidigt haben; er hatte sich deswegen am Dienstag vor dem Magdeburger Schöffengericht zu verantworten. v. Jwehl war vom persönlichen Erscheinen entbunden; verteidigt wurde er von seinem Festungsgegnossen. Er schwärzte, daß man auf der Festung viel getrunken und gut gegessen habe, auch die Ordnonenzen und Posten habe man nicht Ros leiden lassen. Es habe ein freier Ton geherrscht, aber niemand habe dem anderen etwas übel genommen, vielmehr habe man sehr gemütlich gelebt und sich bemüht,

die strengen Vorschriften zu umgehen. v. Jwehl sei sehr nervös gewesen; das habe ihn aber nicht gehindert, sich bei Wein und Weibern nach Herzenslust auszutoben, wenn er Stadurlaub hatte.

Am 15. Juli 1910 machte v. Jwehl in seiner Festungsstube noch um Mitternacht Licht, obwohl nach Vorschrift um 11 Uhr abends alles dunkel sein soll. Als ihn der wachhabende Posten wiederholt ermahnte, das Licht auszulöschen, rief v. Jwehl ihm zu: „Halt da unten die Labbe!“ Mit Rücksicht auf den üblichen freien Ton nahm der Posten die Worte nicht übel, aber der Kommandant stellte Straf-antrag wegen Beleidigung; in Frage kamen auch noch zwei andere Fälle. v. Jwehl hatte eines Tages ein Steidblein mit einer Dame betarbedet, aber keinen Stadurlaub erhalten. Er füllte darauf den abnehmenden Bescheid so zusammen, daß man nur die Unterschrift des Kommandanten sah und zeigte sie dem Posten als „Legimation“ vor. Als sich der Posten von der Richtigkeit der Legimation überzeugen wollte, wurde er von v. Jwehl angeknauzt, worauf der Posten den Herrn passieren ließ. Beim 2. Posten erlaubte sich v. Jwehl eine Lebensart, die man in Anstandsbüchern vergebens sucht. — In der Verhandlung bekundeten die Zeugen, sie hätten sich durchaus nicht beleidigt gefühlt. Das Gericht erkannte denn auch auf Freisprechung.

Damit vergleiche man die Behandlung, die unser Genosse Reichel wegen eines politischen Vergehens im Gefängnis zu Ding en über sich ergehen lassen muß.

Die Herren Offiziere und die Arbeiter.

Man schreibt uns: Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung haben die ehemaligen Angehörigen des Gottentotenbunds und die Angehörigen des schwarz-blauen Blocks sich in holder Eintracht zusammengefunden, um den Arbeitern möglichst viel abzuwaden. Bei den Offizieren machen sie es anders. So hat seinerzeit der Gottentotenbund den Offizieren der höheren Chargen äußerst splendide Pensionen bewilligt. Seit 1. April 1908 erhalten die kommandierenden Generale die Kleinigkeit von 19 485 M. Pension. Dabei sind die Herren bei ihrer Verabschiedung höchstens 65—68 Jahre alt. Ein Divisionskommandeur hat je nach Dienstalter (38 bis 40 Dienstjahre) Anspruch auf 13 170 bis 13 470 M. An Lebensjahren zählt ein Divisionskommandeur bei der Verabschiedung 57 bis 60 Jahre. Ein Brigadeführer hat je nach Dienstalter (35 bis 37 Dienstjahre) 9 255 bis 9 474 M. und dabei ist ein solcher Offizier bei seiner Pensionierung 54 bis 56 Jahre alt. Ein Regimentskommandeur (bei der Verabschiedung 52 bis 55 Jahre alt) steht je nach Dienstjahren eine Pension von 7 113 bis 7 287 M. zu. Ein Bataillonskommandeur ist bei seiner Verabschiedung im allgemeinen 45 bis 48 Jahre alt. Er erhält je nach Dienstjahren eine Pension von 4 758 bis 5 154 M. Man vergleiche mit diesen Summen und Zahlen die Tatsache, daß im Reichstag vor einigen Tagen der Antrag, den Termin für das Recht auf die Altersrente der Arbeiter vom 70. Lebensjahre auf das 65. herabzusetzen, abgelehnt wurde. In einem Alter, in dem ein Arbeiter noch 22 Jahre warten muß, bis er Anspruch auf die Altersrente hat, erhält ein Major ein Ruhegehalt, das viermal mehr beträgt als ein sehr tüchtiger Arbeiter in einem Jahre verdient. Dabei ist ein 70jähriger Arbeiter an Leistungsfähigkeit vollkommen ausgepumpt, während viele pensionierte Majore, sogar Oberste durch fleißiges Gehen auf die Jagd oder durch die Uebernahme von Posten im Zivilleben beweisen, daß sie noch lange nicht am Ende ihrer Kraft sind.

England.

Eine Marokkobeat.

London, 1. Juni. Unterhaus, Dillon richtete an Sir Edward Grey die Anfrage, ob er die Versicherung geben könne, daß seine Verhandlungen über eine Teilung von Marokko in Einflußsphären begonnen oder abgeschlossen werden würden, bevor das Unterhaus Gelegenheit erhalten habe, über den Vorschlag zu beraten.

Grey erwiderte: Ich kann keine auf Voraussetzungen beruhenden Zusicherungen dieser Art geben. Um aber solchen Auffassungen vorzubeugen, möchte ich hinzufügen, daß, soviel ich weiß, keine Verhandlungen über eine Aenderung des politischen Status Marokkos in Erwägung gezogen werden. Dillon fragte darauf, ob die Aufmerksamkeit Grey auf die Operationen gelenkt worden sei, die jetzt gegen die Stämme in der Nachbarschaft von Fes unternommen würden; ob er den britischen Agenten in Fes anweisen wolle, über die Einzelheiten dieser Operationen eingehend zu berichten und ob er dann diese Berichte dem Unterhause vorlegen werde.

Marokko.

Die „Verhigungs“-Aktionen.

Die jetzt von den französischen Truppen mit oder ohne Willen des Sultans vorgenommen werden sollen, tragen vollständig den auch aus den deutschen Kolonien bekannten Charakter von Strafexpeditionen. Sie erbittern die durch den Einnahme der Fremden aufgereagten Mohammedaner noch mehr, da dadurch nicht nur ihre Herden geraubt, ihre Felder vernichtet und ihr Leben gefährdet wird, sondern auch ihre religiösen Gefühle durch die Besetzung von Marokkos (heiliger Grabsstätten) usw. aufs empfindlichste verletzt werden. Die „Verhigung“ des Landes wird schließlich auf einen endlosen Guerillakrieg hinauslaufen, bei dem vielleicht auch der Sultan seine Rache gegen die unbotmäßigen Stämme zu fühlen sucht. Infolgedessen wird an ein Zurückziehen der französischen Truppen sobald nicht zu denken sein, es werden vielmehr sicher noch manche Verstärkungen nach Marokko gehen. Das ist auch die geheime Absicht der französischen Regierung, die auch durch die Eifersüchteleien zwischen Delcassé und Cruppi nicht beeinträchtigt wird.

Die Erpressungen an den Stämmen.

Tanger, 11. Juni. Aus Fes wird unter dem 27. Mai gemeldet: Seit zwei Jahren hat El Glau seine Stellung als Großwesir in maßvoller Weise dazu mißbraucht, um alle möglichen Erpressungen und Bedrückungen an den Stämmen auszuüben. Dadurch hat er auch die gegenwärtige Erhebung hervorgerufen. Mulah Hafid fühlte sich nicht genug, um nach Belieben zu handeln, aber seit der Ankunft Moiniers fühlte sich der Sultan sicherer und zeigt sich von auferordentlicher Strenge gegen El Glau. Ganz unermittelt bedeutete der Sultan dem Großwesir, er möge Rechnung über die Mißsummen ablegen, die er von allen Stämmen erhalten, aber dem Staatskassier niemals abgeliefert habe. El Glau weigerte sich, und der Sultan entschloß sich, ihn abzuberufen. El Glau, der an Tuberkulose schwer krank ist, wird seine Freiheit bekommen, ohne jedoch Fes verlassen zu können. Ebenso werden ihm seine persönlichen Güter erhalten bleiben, die Güter aber, die ihm Mulah Hafid gegeben hat, wird der Wachen wieder einziehen. Ein Nachfolger El Glaus wird nicht ernannt werden. Er wird von dem Sekretär Arbi el Hodnawi vertreten werden. Die Abberufung El Glaus wird möglicherweise eine Bewegung unter den Stämmen herbeiführen und Mulah Jiu kann diese Tatsache als Einmischung der Fremdenhäh wächsl. Sefru droht ein Angriff von den Uf Kassa. Die Mahalla Dmmani hat am 29. Mai den Marsch von Ufssa gegen Fes angetreten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Elektromonteur! Damit die Kollegen bei vorkommenden Gelegenheiten, wie auf Bauten, bei Montage usw., sich als organisierte Arbeiter ausweisen können, haben wir für unsere Mitglieder Legitimationskarten ausgegeben.

Nur diejenigen Elektromonteur- und Hilfsmonteur sind unsere Mitglieder, welche eine solche grüne Karte besitzen. Wir erlauben unsere Kollegen, ebenso die Bauarbeiter, auf diese Bekanntmachung die Elektromonteur- und Hilfsmonteur aufmerksam zu machen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallformer! Die Firma Flägel, Wöhlerstr. 14, ist für Formner und Viehereiarbeiter gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Zu dem Streit in den Eisenkonstruktionsbetrieben

beröffentlichen die Unternehmer eine Bekanntmachung an ihre Kundschaft, die wir gestern bereits kurz erwähnt haben, weil darin bestätigt wird, daß die zahlreichen Arbeitswilligen in keiner Weise geneigt sind, den Betrieb der Werke fortsetzen zu können. In verschiedenen Punkten fordert die Bekanntmachung aber zu einer entschiedenen Richtigstellung heraus. Wir lassen hier den Wortlaut folgen:

„Am 16. Mai haben circa 75 Proz. der in den Eisenkonstruktionsbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter die Arbeit niedergelegt, nachdem die Fabrikanten die aus 15 Paragraphen bestehenden Forderungen der Arbeiter nicht bei der ersten Beratung in allen Punkten angenommen hatten. Die Arbeiter haben es nicht für notwendig gehalten, die Verhandlungen fortzusetzen, sondern sind, überraschend für die Arbeitgeber, in den Streit eingetreten, wobei nicht nur die Konstruktionsbetriebe, sondern auch die Trägerlager in Mitleidenschaft gezogen wurden und auch die in den letzten Jahren leider üblich gewordene Bedrohung der Arbeitswilligen nicht ausgeblieben ist. Da eine ordnungsmäßige Belieferung der Kundschaft nicht mehr möglich ist, sehen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, die Lieferungen sowohl in Konstruktions- als auch in bearbeiteten und unbearbeiteten J- und U-Eisen vom Freitag, den 2. Juni, abends, ab einzustellen.“

Berlin, 31. Mai 1911.

L. Bernhardt u. Co., Dreesstr. 10. G. F. Dellshon, Deutscher Eisenhandel u. Co., Abteilung Ravens. A. Drudenmüller G. m. b. H. Eisenhandlung vorm. J. E. Degener, Stabeisen-Abt. G. m. b. H. Eisengießerei Vulkan L. Wolff u. Co. H. Sossen Hein, Lehmann u. Co. A. G. D. Hirsch, Akt.-Ges. Lauchhammer, Abt. Berlin. Rossemann u. Kühnemann, E. de la Sauce u. Koch, Karl Spaeter, Berlin, G. m. b. H. Steffens u. Kölle Akt.-Ges. Thyssen u. Co. Vereinigte Kammerich und Vetter u. Schneevogelische Werke Akt.-Ges.

Wenn die Unternehmer hier erklären, daß die Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, nachdem die Fabrikanten die Forderungen der Arbeiter nicht bei der ersten Beratung in allen Punkten angenommen hatten, so läßt diese Erklärung allerlei falsche Deutungen zu. Mit Mühe und Not ist die erste Beratung überhaupt zustande gekommen, weil die Unternehmer sich nur sehr schwer dazu entschließen konnten, und diese erste Beratung wurde erst möglich, nachdem die Arbeiter fast alle Wünsche der Unternehmer in bezug auf Einstellung von Verhandlungen erfüllt hatten. Sehr gern hätten die Vertreter der Arbeiter der ersten Beratung eine zweite, dritte usw. folgen lassen, wenn die Unternehmer nicht sofort erklärt hätten, an ein weiteres Entgegenkommen ihrerseits sei gar nicht zu denken.

Und dann muß man sich erinnern, daß die Unternehmer in den Hauptpunkten, die Lohnfragen betreffend, rundweg alles ablehnten oder für unannehmbar erklärten, was die Arbeiter dringend wünschten. Da klingt es gar sonderbar, wenn die Unternehmer jetzt erklären, sie hätten „nicht in allen Punkten“ angenommen, was die Arbeiter forderten. Es ist auch ein großer Irrtum, wenn die Unternehmer sagen: „Die Arbeiter haben es nicht für notwendig gehalten, die Verhandlungen fortzusetzen.“ Die Arbeiter sind erst dann in den Streit eingetreten, als sie annehmen mußten, daß ihnen die weiteren Verhandlungen abgeschnitten waren und jede gütliche Einigung unmöglich gemacht war. Die Arbeiter sind heute noch und zu jeder Stunde bereit, die Verhandlungen fortzusetzen resp. wieder aufzunehmen, wenn die Unternehmer nur etwas Entgegenkommen zeigen wollen. — Die Unternehmer können ihre alten lächerlichen Leute zu jeder Zeit wieder in den Betrieben sehen, wenn sie sich nur zu einem bestimmten Abschluß etwas besserer Arbeitsbedingungen verstehen wollten, das aber muß gegenüber der Erklärung der Unternehmer festgestellt werden.

Der Berliner Bäckerstreik.

Gestern haben 52 Betriebe mit 52 Bäckern, 6 Konditoren und 28 Lehrlingen bewilligt. Demnach arbeiten jetzt 4590 Bäcker- und Konditorgehilfen in 2209 Betrieben zu den neuen Bedingungen.

Unsere gestrige Mitteilung über das Vubenstück eines Welden kann zu einem Mißverständnis Veranlassung geben. Das Vubenstück ist nicht während des Streiks, sondern einige Tage vor demselben ausgeführt worden. Damals beschäftigte Papp-Verbandsmitglieder. Er entließ sie aber beim Ausbruch des Streiks und besetzte ihre Stellen mit gelben Bundesgenossen des gelben Schmiegert, der die Schweinerei verübt hatte. Die Forderungen des Verbandes hat Papp bis heute noch nicht bewilligt.

Die Lohnbewegung der Schmiede.

In der Versammlung der Innungsgehilfen, die am 23. Mai stattfand, wurde die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schmiede beauftragt, bei den Innungsmeistern anzufordern, ob sie zu Verhandlungen über die Forderungen der Gesellen bereit. Verbesserung der Arbeitsbedingungen geneigt seien. Die Verwaltung hat eine solche Anfrage an die Innungen von Berlin, Charlottenburg und Nizdorf gerichtet und zugleich Forderungen vorgelegt, die denen aus der letzten Lohnbewegung entsprechen. In bezug auf Lohn und Arbeitszeit wird verlangt, daß bei einer neunstündigen Arbeitszeit — Sonnabends acht Stunden — folgende Mindestlöhne festgesetzt werden: Für den Schürmeister pro Stunde 72 Pfg., für Beslagsschmiede 62 Pfg., für Stodgesellen 55 Pfg. Diese Löhne sollen vom 1. Juli 1912 ab um 3 Pfg. pro Stunde erhöht werden. Wo höhere Löhne bereits gezahlt werden, darf keine Verschlechterung eintreten. Die festgelegten Sätze gelten als Mindestlöhne, wo diese bereits gezahlt werden, soll eine Zulage von 3 Pfg. pro Stunde eintreten. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 20 Pfg. pro Stunde verlangt. In Kost und Logis darf nicht gearbeitet werden. — Diese Forderungen sollten unter anderem, wie sie in Tarifverträgen üblich sind, als Grundlage für die Verhandlungen mit den Meistern dienen.

Wie die genannten Innungen, so wurde auch der „Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Wagenbaugewerbe“ von den Wünschen der Schmiedegesellen unterrichtet und ihm anheimgestellt, im Interesse einer friedlichen Regelung der Differenzen auf die Schmiedemeister einzuwirken. Auf die Anregung antwortete der Schutzverband in einem ablehnenden Sinne, indem er auf Verhandlungen, die zwischen dem Gesellenausschuß und den Innungsmeistern stattfinden könnten, verwies.

Von den Innungen trat auf die Anfrage der Ortsverwaltung überhaupt keine Antwort ein. Die Innungsmeister stellten sich auf denselben Standpunkt lächerlicher Weigerung, den sie im letzten Jahre einnahmen, als sie auf eine ähnliche Anfrage ebenfalls keine Antwort erteilten. Diese Ueberhebung, die den Verband der Gesellen vollständig ignoriert, wirkt um so komischer, als die Meister gleich nach Empfang des Schreibens eine außerordentliche Mäxigkeit entfalteten und dem Schreiben die größte Wichtigkeit beimohnten. Eine Meisterversammlung wurde

sofort einberufen, in der der Obermeister Wanne und der Generalsekretär des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Rasse, anwesend waren. Die Verhandlungen sollten recht geheim gehalten werden und man ließ Nebenräume und Galerie des Versammlungslokals nach Gefallen abjucken, die etwa irgendwo verborgen wären und lauschen könnten. — Trozdem konnte Siering in einer Versammlung der Innungsgehilfen, die am Mittwochabend bei Wecker in der Weberstraße stattfand, einen genauen Bericht über die Verhandlungen der Meister erteilen. Der Generalsekretär Rasse hatte einen Vortrag über die Lage der Dinge gehalten und den Meistern eine — gütliche Einigung mit den Gesellen empfohlen. (Der letzte Schmiedestreik hat nämlich dem Schutzverband 18 000 M. gekostet.) Das Resultat der Beratungen war, daß die Meister erkundigt sich bereit erklärten, einen Teil der Wünsche der Gesellen zu erfüllen; zweitens wollten sie wohl in Verhandlungen darüber eintreten, aber nicht mit dem Verband, sondern mit dem Gesellenausschuß; drittens sollten aber auch zugleich in zahlreichen Orten Deutschlands durch Anzeigen in den Zeitungen um Versuche gemacht werden, massenhafte Schmiede nach Berlin zu ziehen. — Das sind die „heimlichen“ Beschlüsse der Innungsmeister. Die Charlottenburger Innung war an demselben Tage, am letzten Montag, zusammengetreten, sie wartete die Beschlüsse der Berliner Versammlung ab, die ihr eiligst übermittelt wurden, und — sie beschloß dann daselbe. Sie zögerte darauf nicht mehr lange und setzte den Gesellenausschuß in Kenntnis, daß sie zu Verhandlungen bereit sei. Der Gesellenausschuß erklärte sich sofort damit einverstanden, wünschte aber, daß ein Vertreter der Organisation bei den Verhandlungen zugelassen werde, was wohl keinen Schwierigkeiten weiter begegnen wird. Der Gesellenausschuß für Berlin mußte erst durch Wahlen, die am Donnerstagabend stattfanden, ergänzt werden.

Nach einem eingehenden Referat von Siering über die gesamte gegenwärtige Lage, die er in der erwähnten Versammlung der Innungsgehilfen am Mittwochabend schilderte, begann eine sehr erfrischende Diskussion über mancherlei Vorschläge, unter denen auch der sofortige Streik eine große Rolle spielte. Die Verhandlungsbewegung aber ihr Verständnis für die Situation und ihre Friedensliebe dadurch, daß sie empfahl, die Vorschläge der Meister ruhig anzunehmen und zu Verhandlungen zwischen den Innungsmeistern und den Gesellenausschüssen die allgemeine Zustimmung zu erteilen. Die Versammelten nahmen diese Empfehlung an mit der Maßgabe, daß ein Vertreter der Organisation den Verhandlungen beizuwohne. Ferner erklärte die Versammlung, daß die Forderungen, wie sie als Entwurf zu einer Vereinbarung den Innungen erneut eingereicht worden sind, als Grundlage für die kommenden Verhandlungen dienen sollen.

Deutsches Reich.

Vorbeisetzungen.

Well der Schnapsbrennereibesitzer Haderl in Wanne bei Bochum seinen Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert, hatten das Wanner Gewerkschaftsamt und der Brauereiarbeiterverband über den Haderlverfall den Boykott verhängt. Haderl erwirkte darauf beim Amtsgericht Essen eine einstweilige Verfügung, nach der dem „Volkblatt“ in Bochum, der „Vergarbeiterzeitung“, dem Vorsitzenden des Wanner Gewerkschaftsamtes und dem Gauleiter des Brauereiarbeiterverbandes bei 1000 M. Strafe unterlagt wurde, „sünderhin irgend eine Handlung zu beginnen, die auf Weidung des Haderl-Schnapses hinwirkt“.

In der mündlichen Verhandlung wurde der Schnapsfabrikant, der unter seinen rheinisch-westfälischen Kollegen eine führende Stellung einnimmt, mit seinem Verlangen glatt abgewiesen.

Die Aussperrung der Textilarbeiter in Münsterland beendet.

Endlich ist es den Drahtziehern vom christlichen Textilarbeiterverband gelungen, den Streit bei der Firma Koll u. Co. in Coesfeld abzumürgen. Nachdem wiederum hinter den Kulissen die Sache gedeckelt war, konnte das Trauerspiel in zweiter Auflage beginnen. Der Arbeiterausschuß wurde zur Firma beordert. Hier lag eine Erklärung der Fabrikanten fix und fertig vor, die der Arbeiterausschuß unterschreiben sollte. Das Schriftstück lautet:

„Wir erklären uns im Namen der ausständigen Arbeiterschaft der Firma Koll u. Co. bereit, die Arbeit unter den Bedingungen wieder aufzunehmen, wie sie von der genannten Firma angeboten, bevor die Androhung der Aussperrung durch den Verband münsterländischer Textilindustrieller erfolgt war.“ Auf irgendwelche weitere Verhandlungen ließ sich die Firma nicht ein. Entweder unterschreiben oder die Aussperrung wird nicht aufgehoben. Diese Erklärung bedeutet eine komplette Niederlage, denn das, was den streikenden Arbeitern in dieser Erklärung zugestanden, konnten sie schon bei Ausbruch des Streiks von der Firma erlangen, sie brauchten dann nicht volle 13 Wochen zu streiken und mit ihren Familien für den Lohnkampf schwere Opfer bringen.

Aber die Christenführer! Diese mühten sich im Schweiße ihres Angesichts ab, um ihren Mitgliedern plausibel zu machen, daß diese Erklärung einen Rückzug der Textilindustriellen und einen Sieg der Arbeiter bedeute. Nachdem diese drei christlichen Strategen ihren Mitgliedern das plausibel gemacht hatten, wollten sie auch den freiorganisierten Mitgliedern vom Textilarbeiterverband diesen Sieg in einer gemeinsamen Betriebsversammlung aufreden. Hier hatten die christlichen Kuliffenschieber aber kein Glück. Die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes konnten eine derartige Vergewaltigung der Wahrheit nicht ruhig hinnehmen. Sie lehnten es ab, die Erklärung als einen Rückzug der Fabrikanten und als einen Sieg der Arbeiter anzuerkennen. Da die Christenführer aber ihre Mitglieder vorher im katholischen Arbeitervereinshaus für die Abtunung festgelegt und alles Reden unter diesen Umständen keinen Zweck hatte, so lehnten es die freiorganisierten Mitglieder ab, sich bei einem derartigen Komödientheater an der Abstimmung zu beteiligen. Am die Streikenden gefügig zu machen, wurde ihnen verprochen, Unterjähung bis Mittwoch nach Pfingsten zu zahlen. Die 4000 christlich-organisierten Ausgesperrten nehmen Freitag vor Pfingsten die Arbeit wieder auf.

In diesem durch und durch katholischen Münsterland hat der christliche Textilarbeiterverband seine Domäne. Dort sitzen die Mitglieder zu Tausenden in den Orten, dort wird seit Jahren von den christlichen Organisationsleitern jede angeordnete Aussperrung des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller abgewinkt. Dort man diese Maulhelden in Versammlungen und in ihren Zeitungen, so haben sie die Fabrikanten niedergebungen und kolossale Siege errungen.

Güttenarbeiterstreik.

Auf dem Schaller-Gruben- und Güttenverein in Gelsenkirchen sind 300 Erzfabrik- und Einschalter in den Streit getreten. Die Ursache des Streiks ist in der Lohnherabsetzung von 3,80 M. auf 3,55 M. pro Schicht zu suchen. Organisiert sind von ihnen nur etwa 20, die der polnischen Organisation angehören. Ein Kroat, der einer Kolonne Streikbrecher angehörte, die von der Befährlichkeit einer solchen Arbeit keine Ahnung hatten, ist gleich am ersten Tage von giftigen Gasen erstickt worden.

Ein bedauerliches Vorkommnis im Verband der Maler.

Leipzig, 1. Juni. (Privattelegramm d. „Vorw.“) In der Filiale Leipzig des Verbandes der Maler ist es am Mittwoch in einer stürmischen Versammlung leider zu der Gründung einer Lokalorganisation gekommen. Die Mehrheit der Versammlung nahm in äußerst scharfer Weise Stellung gegen die Beschlüsse der Generalversammlung des Verbandes in München. Man warf den Verbandsbeamten vor, sie verstoßen nicht die Rechte der Mitglieder. In einer Resolution wurde ausgesprochen, „daß es die Leipziger Kollegen unter ihrer Würde erachten, noch länger einem Verbands-

anzugehören, in dem die Rechte der Mitglieder vergetraut werden. Die Leipziger Kollegen verweigern daher mit dem heutigen Tage die Abfuhr der Beiträge an die Hauptkasse und setzen sofort einen provisorischen Vorstand ein, der die Grundlagen zu einem neuen Zentralverband einzuleiten hat, in dem den Mitgliedern ihre vollen Rechte garantiert werden. Die Versammelten verpflichten sich, mit allem Nachdruck für diesen Verband zu wirken.“

Der Verbandsvorstand in Hamburg erließ hierauf in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung, in der es heißt, daß es endlich den Treibern einiger gelungen sei, die schon seit Jahren von ihnen mit allen erdenklichen Mitteln erstrebte Zersplitterung unter den Leipziger Kollegen herbeizuführen. Er schäme aber den gesunden Sinn der Leipziger Kollegen für zu hoch, um annehmen zu können, daß ein nennenswerter Teil der Parole der Organisationszersetzer folgen werde.

Hoffentlich kommt es bald wieder zur Beseitigung der Differenzpunkte und zu einer Einigung.

Die Monteur der Schnellpressenfabrik Albert u. Co. in Frankenthal sind mit der Firma in Differenzen geraten. Seit drei Monaten erjuden die Monteur, ihre Montageplätze zu erhöhen und ihre Arbeitsverhältnisse zu regeln. Da alle Versuche, in Unterhandlungen einzutreten, von der Firma abgelehnt worden sind, so haben die Monteur in einer Versammlung beschlossen, daß sie bis auf weiteres es ablehnen, auf Montage zu fahren.

Die im In- und Ausland sich befindlichen Monteur haben bis zur Erledigung der Angelegenheit keine weiteren Montage zu übernehmen und jede weitere Disposition der Firma mit dem Hinweis auf Regelung der Differenzen abzulehnen.

Weitere Direktion erhalten die Kollegen von der untergeordneten Ortsverwaltung.

Zuzug von Metallarbeitern aller Berufs-zweige ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Frankenthal-Vornis.

Ausland.

Allgemeiner Vergarbeiterstreik in Südwales.

Man schreibt uns aus London vom 30. Mai: Das südwalisische Grubenkapital hat diesmal zu früh triumphiert. Der Widerstand der 12 000 streikenden Vergarbeiter ist noch lange nicht gebrochen. Am Sonnabend wurde in einer großen Delegiertenkonferenz in Cardiff, an der 150 000 südwalisische Vergarbeiter vertreten waren, nach langer und teilweise heftiger Debatte einstimmig der Beschluß gefaßt, die zwischen den Führern der südwalisischen Vergarbeiterföderation und dem Unternehmerverbande vereinbarten provisorischen Friedensbedingungen, die, wie wir gemeldet haben, auf eine Unterwerfung der Streikenden hinausliefen, nicht anzunehmen und den Kampf bis zum äußersten fortzusetzen. Dieser Beschluß zeugt von um so größerer Entschlossenheit nach einem siebenmonatlichen Kampfe gegen eine ungewöhnlich starke Unternehmerklasse, als die Vergarbeiterföderation von Großbritannien mit aller Entschiedenheit erklärt hatte, daß sie sich aus finanziellen Erwägungen genötigt sehen werde, die bisher gezeigte Streikunterstützung von wöchentlich 3000 Pfund Sterling zurückzuziehen, falls jetzt kein Friede zustande komme.

In ihrer gestrigen Sitzung ist die Cardiffer Konferenz einen überaus wichtigen Schritt weiter gegangen, der im Grunde aber nur die logische Konsequenz des Beschlusses vom Sonnabend ist. Die Konferenz nahm gestern ebenfalls einstimmig eine Resolution an, in der sie den Anapyschaften empfiehlt, die Vergarbeiterföderation von Großbritannien zu erziehen, den Streik auf alle britischen Kohlenfelder auszudehnen, um einen allgemeinen Minimalslohn zu erlangen und, falls die Vergarbeiterföderation von Großbritannien dazu nicht zu haben sein sollte, den allgemeinen Streik in den südwalisischen Kohlengruben zu erklären. Zunächst wird eine geheime Abstimmung der gesamten Mitgliedschaft der Südwalisischen Vergarbeiterföderation über die beiden Fragen vorgenommen. Der Beschluß zeigt, daß die kämpfenden Arbeiter überzeugt sind, daß die Fortsetzung des sektoriellen Streiks wenig Aussichten auf einen Erfolg bietet, daß aber durch eine möglichst weite Ausdehnung des Kampfes das Grubenkapital zur Reifung gebracht werden kann. Die gleichzeitige Ausdehnung der Forderung eines allgemeinen Minimalslohns scheint ein ausgezeichnetes strategischer Zug. Dieser ist eine Forderung der gesamten Vergarbeiterföderation, und erst im Januar hat eine Konferenz der Vergarbeiterföderation von Großbritannien selber mit einem allgemeinen Ausstand zur Erzwingung dieser Forderung gedroht. Eine endgültige Entscheidung der Angelegenheit wird erst nach dem 14. Juni möglich sein, wenn die Jahreskonferenz der Vergarbeiterföderation von Großbritannien in London zusammentritt.

Letzte Nachrichten.

Keine Religion in der Fortbildungsschule.

Magdeburg, 1. Juni. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus zu richten, den Religionsunterricht an den Fortbildungsschulen abzulehnen.

Der Schiedsgerichtsvertrag im englischen Unterhause.

London, 1. Juni. (B. L. B.) Biles fragte an, ob Grey irgendeine amtliche Mitteilung darüber erhalten habe, daß Deutschland sich bereit erklärt hätte, mit Amerika über einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag zu verhandeln, der dem ähnlich sei, welcher, wie verlautet, sich jetzt in den Händen der britischen und der französischen Regierung befindet. Weiter fragte er an, ob Grey dem Hause Auskunft geben könne über den Fortschritt der Vertragsverhandlungen, soweit sie Großbritannien betreffen. Grey beantwortete die erste Frage mit nein, was die zweite Frage angehe, so könne er nichts seiner Antwort vom 30. Mai hinzufügen. Aber er erwarte jetzt, wo er den Vertragentwurf empfangen habe, einen Fortschritt.

Streit der Elektromonteur in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 1. Juni. (B. C.) Die dem Metallarbeiterverband angehörenden Elektromonteur sind heute in den Ausstand getreten. Sie verlangen die Erhöhung des jetzt 50 Pfg. betragenden Stundenlohnes durch Festlegung eines Tarifs auf 65 Pfg. In Frankfurt a. M. beträgt die Zahl der ausständigen Elektromonteur 800. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß der Ausstand größeren Umfang annehmen wird, da verhandelte Berufe des Metallarbeiterverbandes sich ihm anschließen wollen.

Unwetter in Ungarn.

Dedenburg, 1. Juni. (B. G.) Hier und in der Umgebung richtete ein Wollenbruch immensen Schaden an. Infolge von Damunterwahrung mußte der Bahnverkehr auf der Cunaerbahn eingestellt werden. In Sarkau konnten sich die Einwohner nur durch schleunigste Flucht vor den in die Häuser eindringenden Fluten retten. In einer anderen Ortschaft schlug der Blitz in die Kirche und zerstörte die Orgel.

Die Cholera in Graz.

Graz, 1. Juni. (B. L. B.) Die das Sanitätsdepartement mitteilt, ist bei der Schwägerin des vor einigen Tagen an Cholera verstorbenen Postbeamten Franzli ebenfalls Cholera bakteriologisch nachgewiesen worden. Die Frau befindet sich mit ihrer Familie im städtischen Isolierhaus.

Hus der Partei.

Zweiter Parteitag der sozialdemokratischen Partei in Holland.

Rotterdam, 28. Mai 1911.

Am Samstag und Sonntag hielt die junge S. D. P. in Rotterdam ihren zweiten Parteitag ab.

Der Parteivorstand Genosse D. J. Winkoop wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Partei, entgegen der Ansicht eines Teiles der sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine schwere Aufgabe habe und zwar in bezug auf die sozialistische Arbeiterbildung, die Politik und die Gewerkschaftsbewegung, wie diese von der Internationale verstanden werden.

Der Jahresbericht erwähnt die vorherrschende allgemeine Schaffheit in der Arbeiterbewegung Hollands, sowohl in politischer als auch in gewerkschaftlicher Beziehung, während des abgelaufenen Jahres.

Am zweiten Sitzungstage erstattete Genosse W. van Nabeestyn namens der Delegation nach dem Kopenhagener Kongresse Bericht.

Nach längerer Diskussion betrafte Inhalt und Kampfweise des Parteiorgans „Die Tribüne“ wird beschlossen, neben dieser noch ein monatlich erscheinendes Blatt herauszugeben, zur Propagierung des Sozialismus mittels in populärer Weise geschriebener Artikel.

Zu der Nachmittagsung werden die bisherigen Redakteure, die Genossen Ceton, Gorter, van Nabeestyn und Winkoop, mit allgemeinen Stimmen wiedergewählt.

Nach einem Referate des Parteisekretärs Genossen Ceton betrafte Teilnahme der S. D. P. an den im Sommer stattfindenden Gemeinderatswahlen wird beschlossen, an diesen, soweit dies möglich ist, mit eigenen Kandidaten teilzunehmen.

Wesentlich wird zur Förderung der Wahlrechtsbewegung eigene öffentliche Wahlrechtsmeetings zu veranstalten, aber auch fernherhin, wie bisher, an allen von der S. D. P. und der Gewerkschaftszentralen veranstalteten Demonstrationen teilzunehmen.

Kleines Feuilleton.

Ein Besuch bei Kaisuli. Unter denen, die jetzt in Marokko den heiligen Krieg verkündigen, steht der durch seine Taten als Überhauptmann bekannte Kaisuli an erster Stelle.

Durch einen verfallenden Torweg kamen nun zuerst ein Trupp von Soldaten, die Messinginstrumente bliesen, Trommeln rührten und alte Lieder sangen.

Der Vorsitzende, Genosse Winkoop, fordert die Partei genossen auf, sich an der am Freitag abend im Rahmen am dritten Dienstag des September im Haag stattfindenden Wahlrechtsdemonstration, am „roten Dienstag“, vollständig zu beteiligen.

Die „Freiheit“ des Arbeiters in der Schweiz.

Wir berichteten kürzlich, daß in Versau (Kanton Appenzell) unser Genosse Schriftfeger Märki in den Kantonsrat gewählt wurde, nachdem er der Gemeindebehörde schon vorher angehört hatte.

Die neue Arbeitsuniversität in Charleroi.

Unser Brüsseler Berichterstatter schreibt unterm 20. d. M.: Die Provinz Hennegau, vorbildlich für seine von der liberal-sozialistischen Provinzialverwaltung geschaffenen Werke der fachlichen und gewerblichen Ausbildung für Arbeiter, hat mit der gestrigen Einweihung des neuen Gebäudes der „Université du Travail“ in Charleroi einen weiteren Schritt auf diesem Gebiete getan.

Das stattliche und umfangreiche Neugebäude, das sich auf dem hochgelegenen Teil der Stadt Charleroi, einem der wichtigsten Mittelpunkte des industriellen Hennegau, erhebt, verdient mit Recht mit seinen Sälen, seinen geräumigen Werkstätten und imposanten Maschinenanlagen, seinem Hörsaal, seinem Museum, den Namen einer Universität — einer Universität für Arbeiter — wenn es auch keine Hochschuldiplome oder Ingenieurtitel erteilt, die den Absolventen in der Blüte am Ende der Studienzeit verliehen werden.

Das stattliche und umfangreiche Neugebäude, das sich auf dem hochgelegenen Teil der Stadt Charleroi, einem der wichtigsten Mittelpunkte des industriellen Hennegau, erhebt, verdient mit Recht mit seinen Sälen, seinen geräumigen Werkstätten und imposanten Maschinenanlagen, seinem Hörsaal, seinem Museum, den Namen einer Universität — einer Universität für Arbeiter — wenn es auch keine Hochschuldiplome oder Ingenieurtitel erteilt, die den Absolventen in der Blüte am Ende der Studienzeit verliehen werden.

zu Paaren aneinander gebunden, große Mengen Gemüse, Milch, Körbe mit frischen Eiern usw.

Theater.

Aeschylus' Dreie in Jirkus Busch. Die Gast, mit der man Reinhardt's Wagnis, den entgegengesetzten Rahmen des modernen Theaters zu durchbrechen, nachahmt, berührt nicht gerade sympathisch.

In dunkler Nacht, die sich allmählich zu grauem Dämmerlicht erhebt, beginnt das Spiel. Die in die Manege eingebauten Szenen stellen ein weit in die Arena vorgestrecktes Vestibül vor Agamemnon's feineren Palaste dar; auf dem Altare in der Mitte glüht Opferfeuer.

sozialistische und liberale Vertreter teil. U. a. sprach auch der Direktor des Brüsseler (sozialistischen) „Institut Salway“, Bagweiler.

Zum Andenken an den böhmischen Generalfreie von 1906, der drei Arbeiterleben kostete, veranstalteten unsere Genossen in dem österreichisch-ungarischen Reichsland am 14. Mai Versammlungen in Sarajewo, Mostar und Tuzla.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Öffentliches Versammlungsrecht.

Im Wahlkreis Labiau-Wehlau ist es unsern Genossen nach wie vor nicht möglich, größere Versammlungen zu veranstalten. Lokale werden ihnen verweigert und Versammlungen unter freiem Himmel werden dauernd von den Behörden verhindert.

Ein beleidigter Sozialistenführer.

100 Mark Geldstrafe diktierte das Kieler Schöffengericht dem Redakteur der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“, Genossen Henschel, zu, weil der Grundständmaler Theodor Lorenzen in einer Notiz, die sich mit seiner Tätigkeit als Hauswirt beschäftigte, „Auliffenguder“ und „Tetje“ genannt war.

Der klagliche Rückzug eines „Gelden“.

Wegen Beleidigung des Genossen W r a l l hatte sich der Redakteur Horn von der gelben Brauerzeitung in Verlin vor dem Schöffengericht Gelsenkirchen zu verantworten.

Versammlungen.

In einer Versammlung der Brauerei-Handwerker am Mittwoch im Englischen Garten wurde das „loyale“ Verhalten der Brauereien unter dem neuen Tarifvertrag gründlich besprochen.

zahlung unerbärlbarer Schuld. Denn Agamemnon habe Jphigenie, ihre geliebte Tochter, um von den Göttern günstige Winde für die griechische Kriegsstotte zu erlangen, auf Aulis als Opfer töten lassen.

Gans Siebert als Agamemnon, Gertrud Arnold als Klytämnestra, Ludwig Hartau als Führer des Chores sprachen mit Nachdruck und Kraft. Auch die kleineren Rollen waren gut besetzt.

Notizen.

— Kunstchronik. Die Neuerverbunden der Nationalgalerie der letzten beiden Jahre sollen im Herbst in der Akademie der Künste ausgestellt werden.

— Ein prähistorischer Schädel wurde in der „Tensfeldhöhle“ bei Steinau (Hessen) entdeckt. Prof. Kraatz erblickt in ihm eine Vorstufe des Neandertalmenschen, während andere Forscher ihn für den Schädel eines menschenähnlichen Affen halten.

— Strindberg im Jirkus. Reinhardt's und Wom's Vorbild wird in Schweden Nachahmung finden. Wie August Strindberg in „Kontaminationen“ mittels, plant Direktor Wemmersten vom Stockholmer Volkstheater die Aufführung seines großen historischen Dramas „Gustav Adolf“, dessen Annahme bisher von allen Theatern verweigert wurde.

— Die Nihiloprämie für Herausgabe erotischer Literatur ist zurzeit in Deutschland wieder einmal sehr hoch. Der exquisit-golante Zeichner Wagnis, der die erotische Sinnlichkeit des 18. Jahrhunderts in Treibhauskultur züchtet, und der Ueberfeger und Herausgeber erotischer Literatur, Dr. Semerau, sind in München wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit angeklagt.

— Das fortschrittliche Portugal. In der portugiesischen Republik wird vom 1. Januar 1912 ab als gesetzliche Zeit die westeuropäische (nach dem Meridian von Greenwich berechnete) gelten.

Verhältnisse zu verschlechtern als sie zu verbessern, obwohl der § 12 des Tarifvertrags ausdrücklich besagt, daß, wo bessere Arbeitsbedingungen bestanden, Verschlechterungen nicht eintreten dürfen. Beim Tarifabschluß haben die Vertreter der Brauereien dies auch noch mündlich versprochen, aber ihr Versprechen ist zu einem großen Teil nicht inne gehalten worden. Man hat jenen Paragraphen so ausgelegt, daß nur diejenigen Arbeiter darunter zu verstehen seien, die bereits vor Abschluß des Tarifvertrages in der betreffenden Brauerei beschäftigt waren, nicht aber die inzwischen neu Eingestellten. In der Schlichtungs-Brauerei, namentlich in der Abteilung 11, aus der übrigens eine ganze Reihe von Beschwerden gemeldet werden, hat man z. B. die Vergünstigung des früheren Feierabends am letzten Tage vor den hohen Festen nicht für die betreffenden Gruppen von Arbeitern fortbestehen lassen, sondern nur für die schon vor Abschluß des Tarifs eingestellten Leute, so daß in ein und derselben Berufsgruppe ein Teil früher Feierabend machen darf, während der andere ebenso lange wie an allen anderen Tagen arbeiten muß. Ferner wird berichtet, daß man systematisch darauf aus ist, die älteren Arbeiter aus dem Betriebe zu verdrängen und statt ihrer neue einzustellen, die dann eben nur den Minimallohn erhalten und nicht an den Vergünstigungen teilhaben, die für die Entlassenen die längere Beschäftigungsdauer mit sich gebracht hätte. Die Brauerei spart eben in solchem Fall an jedem Arbeiter und in jeder Woche die 4 Mk. Alterszulage. Manchmal soll es auch vorkommen, daß die Arbeitsplätze nicht wieder besetzt werden, sondern daß man die Arbeit einfach den übrigen Leuten aufbürdet. Man sucht eben die höheren Ausgaben, die der Tarifvertrag zur Folge haben müßte, auf diese Weise wettzumachen, und demselben Zweck dient auch das schrankenlose Antreiberystem, das ebenfalls, wie berichtet wird, seit Abschluß des neuen Tarifvertrags immer mehr um sich greifen hat. Im übrigen wird auch über die Behandlung im allgemeinen geklagt, und in dieser Hinsicht wurde namentlich der „Vorwärts“ Schröder genannt sowie der Inspektor Schubert, der sich herausnehmen soll, Arbeiter mit allerlei Namen aus dem Tierreich zu bezeichnen. Merkwürdig ist es auch, daß den Handwerkern während der Arbeitszeit die Trinkwasserleitung abgeschnitten wird. Vom Trinkwasser, das ihnen zur Verfügung steht, wird gesagt, daß es ganz gelb und deswegen ungenießbar und jedenfalls auch gesundheitsschädlich sei. Der Arbeiterauschuss hatte die Direktion um die Zulassung von alkoholfreien Getränken erjudet, war aber abschlägig beschieden worden, und zwar mit der Begründung, daß die Abstinenzvereine eine solche Einrichtung der Brauereien für ihre Agitationen ausnützen könnten. Wer aber während der Arbeitszeit beim Biertrinken erwischt wird, muß auf Entlassung gefaßt sein. — Reklamierte Klagen wurden auch über die Pagenhofer-Brauerei N. B. laut, wo ebenfalls die Behandlung zu wünschen übrig lassen, und die Antreiberi unerträglich sein soll. Es wird auch berichtet, daß dort die Unfallversicherungsbedingungen allzu wenig beachtet, und unerfahrene Leute an gefährliche Arbeiten kommandiert werden, mit denen sie durchaus nicht genügend vertraut sind. Das soll schon ein Uebermaß von Unfällen zur Folge gehabt haben. Auch in dieser Brauerei hat man entgegen dem Tarifvertrag Verschlechterungen durchzuführen gesucht und z. B. eine halbe Stunde Frühstückspause bei Sonntagsarbeit, die früher bezahlt wurde, vom Lohn in Abzug gebracht, bis man vor kurzem auf Drängen der Arbeiter den früheren Zustand wieder herstellte, jedoch ohne das seit dem neuen Tarifvertrag zu wenig Gehalt nachzugeben. Ferner wird in dieser Brauerei über Mangel an ordentlichen Wasch- und Ankleidezimmern geklagt. Diese Einrichtungen sind in einem alten Gebäude untergebracht, das gar nicht dazu geeignet ist, und schon lange abgerissen werden sollte. Die Brauerei steht mit der Stadt Berlin in einem Streit wegen eines Sitzens Grund und Boden, und man meint, daß sie deswegen die dringenden notwendigen Neubauten nicht ausführen läßt, weil sie sonst bei diesem Prozeß in Nachteil kommen könnte. — Auch aus der Vereinsbrauerei in Rixdorf wurde über Verschlechterungen berichtet, die offenbar dem Tarifvertrag widersprechen. Im allgemeinen scheint die Sache so zu liegen, daß in den genannten wie in verschiedenen anderen Brauereien Mißstände eingetreten sind, die mehr und mehr unerträglich werden. Die Meinung der Versammlung ging dahin, daß man sich unter diesen Umständen fragen müsse, ob es noch zweckmäßig sei, in Zukunft wiederum einen Tarifvertrag mit den Brauereien abzuschließen, oder ob es nicht besser sein werde, sich freie Hand zu lassen, um zu jeder Zeit mit der ganzen Macht der Organisationen für die

Abstellung von Mißständen sorgen zu können. Was die oben erwähnte verkürzte Arbeitszeit an den Vorabenden der hohen Feste betrifft, so hat allerdings das Einigungsamt zugunsten der Arbeitnehmer über die Frage entschieden; die Versammlung war jedoch einstimmig der Meinung, daß diese Entscheidung auf einem Beschluß beruht und mit dem Geiste des Tarifvertrags in Widerspruch steht. — Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der in den Berliner Brauereien beschäftigten Handwerker erwartet, daß die Bestimmungen des Tarifs von den Brauereien so ausgeführt werden, daß die vor dem Tarifvertrag vorhandenen gewöhnlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden. Sie beauftragt die Organisationsleitungen, in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß die Tarifbestimmungen erfüllt werden, und zwar so, daß irgendwelche Schädigung der Arbeiterschaft vermieden wird. Ferner erheben die versammelten Handwerker der Ringbrauereien Protest gegen die Entscheidung des Einigungsamtes bezüglich des früheren Arbeitsschlusses am Vorabend der hohen Feste. Die Arbeitnehmer stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß der § 12 des Tarifvertrags nicht auf einzelne Personen anwendbar ist, sondern, dem Sinne nach ausgelegt, auf ganze Betriebe oder Gruppen angewandt werden muß. Sie erwarten deshalb eine Revidierung des fraglichen Beschlusses.“

Aus aller Welt.

Kirchlicher Terrorismus.

Mit gutgepielter Entrüstung zeteren die schwarzblauen Reaktionen bei jeder Gelegenheit über angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie. Auch das Attentat auf die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen wurde ja begründet mit dem Terror, den die Sozialdemokraten gegenüber allen anders gesinnten Leuten ausüben sollen. Wo in Wirklichkeit die Terroristen sitzen, lehrt wieder einmal ein Vorkommnis, an dem die Frömmsten der Frömmen beteiligt sind. Im heiligen Söln veranstalteten kürzlich die Kapuzinermonche in den katholischen Kirchen sogenannte Missionen. Bei dieser Gelegenheit wurden an die Gläubigen Zettel verteilt, die überschrieben: „Reine Vorsätze. (Jeden Sonntag bei der hl. Messe zu erneuern)“ folgende Aengstigung der armen gläubigen Seelen enthalten:

„Ich will meine Seele retten. Darum will ich die letzten Dinge stets vor Augen halten. Es kommt der Tod, vielleicht gar bald, und dann das strenge Gericht mit dem unwiderstehlichen Urteilspruch. Wie wird er lauten, Himmel oder Hölle? Wie — wenn ich jetzt stirbe? ... Ich will von mir und meiner Familie alles fern halten, was den Glauben in Gefahr bringen könnte, keine Freundschaft mit glaubens- und sittenlosen Menschen halten, keine Bücher lesen, die den Glauben oder die Sittlichkeit belächeln, keine unfröhlichen, kirchenfeindlichen, farblosen Zeitungen lesen oder halten. Besonders will ich mich hüten vor einer Bekanntschaft mit Personen, die nicht gleicher Gesinnung und gleichen Glaubens sind, und keine gemischte Ehe eingehen.“

Die Zettel tragen den Vermerk „mit bischöflicher Genehmigung“. So werden die Frömmen im Sinne der allein seligmachenden Kirche gehalten, die ihnen vorschreibt wie sie leben, was sie lesen, was sie lieben und — wen sie wählen sollen. Und das liegt über sozialdemokratischen Terrorismus.

Fernflug Paris—Rom—Turin.

Der Flieger Garros ist am Donnerstag nachmittag 5,14 Uhr auf dem Flugfelde in Rom eingetroffen. Der Bewerber Widard hat jetzt Genua erreicht. Auch der Sieger des Wettfluges Paris—Madrid, Védrine, will sich noch an dem Fluge beteiligen.

In dem Sachsen-Rundflug erhielt Laitsch den 1. Wächner den 2. und Lindpaintner den 3. Preis.

Ein Militärarsenal in die Luft geflogen.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich am Mittwoch in Managua, der Hauptstadt der mittelamerikanischen Re-

publik Nicaragua. Das Militärarsenal des Staates wurde, wie man annimmt, durch Gegner der jetzigen Regierung, in die Luft gesprengt. Wie ein Telegramm des amerikanischen Gesandten nach Washington berichtet, sind bei der Katastrophe 150 Menschen ums Leben gekommen. Der Regierungspalast und mehrere öffentliche und private Gebäude wurden durch die Explosion stark beschädigt.

Unwetterverheerungen in England.

Am Mittwochabend ging über London und die südlichen Grafschaften ein Gewitter nieder, wie es in gleicher Heftigkeit seit Jahren nicht beobachtet worden ist. In London wurden zwei Polizisten vom Blitz erschlagen; der eine von ihnen ritt durch den Worcesterpark, als er durch einen Blitzschlag mit seinem Pferde getötet wurde, der andere wurde auf einer Straße der City vom Blitz getötet. Eine 86-jährige Frau, die hinter einer Mauer Schutz gegen das Unwetter gesucht hatte, wurde von der Mauer erschlagen, als diese vom Blitz getroffen zusammenbrach. Ein Blitzstrahl traf die Trinitatiskirche in London, in den Brand geriet, jedoch konnte das Feuer bald gelöscht werden. — Auf dem Rennplatz von Epsom hat das Unwetter ebenfalls enormen Schaden angerichtet; acht Personen erlitten schwere Verletzungen, eine wurde getötet. In einem Eisenbahnwagen, in den der Blitz einschlug, wurde ein Kind getötet und eine Frau mit einem Kinde schwer verletzt. In der vom Rennen zurückkehrenden Menschenmenge wurden mehrere Personen von Blitzschlägen getroffen und getötet. Die niedergegangenen Wasserfluten haben in London und in der Umgegend großen Schaden angerichtet.

Ruhstall und Arbeiterwohnung.

Zu eigenartigen Betrachtungen regen zwei Beschlüsse an, die die Gölzinger Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung faßten. Für das der Stadt gehörige Rittergut Hennesdorf wurden, um die Rentabilität des Gutes zu erhöhen, mehrere bauliche Veränderungen verlangt. Die für das Wohlergehen des Hundviehs besorgten Stadtväter bewilligten denn auch für den Bau eines neuen Ruhstallgebäudes für 50 Röße 43 000 Mark. Daneben gedachte man auch der zweibeinigen Arbeitstiere. Für den Bau von acht Wohngebäuden für Arbeiterfamilien auf dem Gute wurden 82 000 Mark ausgeworfen.

Da man wohl annehmen darf, daß jede Arbeiterfamilie aus sechs Köpfen besteht, entfallen auf den Kopf der Arbeiterfamilie 687 Mark, auf den Kopf des Hundviehs 800 Mark Paulosten. Glücklich Hundvieh.

Kleine Notizen.

Arbeiterrisiko. Auf einem Neubau in Breslau brach gestern mittag ein Gerüst zusammen, wobei zwei Maurer und ein Arbeiter drei Stock tief in einen Lichtschacht stürzten. Einer von ihnen ist tot, die beiden anderen schwer verletzt. — Beim Tunnelbau an der neuen Eisenbahnstrecke bei Irrel im Rheinland wurden gestern morgen vier Arbeiter durch Stickgase betäubt. Einer von ihnen fiel zu Boden und geriet unter einen vorbeifahrenden Wagen, der ihn tötete.

Schwere Verletzung. Im Eisenbahndirektionsgebäude in Breslau schoß gestern vormittag der Eisenbahnkreidler Hermann Brzhuski mit einem Revolver auf den Bureauassistenten Jidor Stern und verwundete ihn hinter dem rechten Ohr. Hieran tötete er sich selbst durch zwei Schüsse. Stern dürfte mit dem Leben davonkommen.

In den Flammen ungelommen. Bei einem in vergangener Nacht entstandenen Brande in Herzfeld in Mecklenburg, dem vier Wohnhäuser zum Opfer fielen, kamen zwei junge Leute ums Leben. — In Piankese brannte in derselben Nacht das Haus eines Mollereibesizers Warkendorf nieder. Warkendorf und seine Frau, beide im Alter von 78 Jahren, kamen in den Flammen um.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Köpenicker Viertel.
Bezirk 167.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt **Franz Wildgrube** Kaufm. Str. 23 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhanfes aus nach dem Thomas-Kirchhof, Hermannstraße, statt.
Der Vorstand.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 69
Lindenstr. 69 (Laden).
Soeben erschien:
Grundbegriffe der Politik
von **Friedrich Stampfer.**
In Leinen gebd. 3 Mk.

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer,**
unter **Marianne-Str. 2.**

Nachtrag zur Liste der bewilligten Bäckereien.

Antonstr. 8, Treanstr. Kunzeperer Str. 4, Galtwig. Bergstr. 38, Rentzsch. Bornemannstr. 8, Sander. Vornholmer Str. 73, Schneider. Carnapenstr. 6, Rindler. Dölgner Str. 36, Weber. Friedrichstr. 74, Zörpe. Kalenbeide 49, Krüger. Koblenzstr. 1, Welle. Jakobstr. 18/19, Häd. 189, Häd. Rantzenweilstr. 129, Ruske. Reanderstr. 30, Romoalds. Lünstr. 12, Romoalds. Schwarzenstr. 7, Gutsch. Schöneleinstr. 19, Dranske. Eisenstr. 47, Krug. Turmstr. 62, Sprengel. Waldstr. 35, Langgut. Wiesstr. 49, Krug.	Charlottenburg. Delmholtstr. 18, Andrich. Anobeldorffstr. 7, Thiel. Gefellstr. 74, Thiel. Botsdamer Str. 30, Thiel. Selenheimer Str. 6, Freudenreich. Taurrogner Str. 2, Thiel. Wallstr. 65, Müller.	Friedrichsfelde. Berliner Str. 2, Meyer.	Hermdorf. Reptunstr. 36, Casper.	Rödenitz. Meynstr. 8, Wäntner.	Nichtenberg. Kronstr. 38, Mondl. Kranzfurter Chaussee 61, Goller. Niederbarnimstr. 25, Rogge. Röderstr. 54, Heuer.	Mariendorf. Bergstr. 23, Dönsperger.	Nieder-Schönhausen. Charlottenstr. 52/53, Ruschow. Lindenallee 39a, Wroße.	Pankow. Klosterstr. 41, Schneider. Görlitzstr. 11, Soehnig.	Reinickendorf. Berliner Str. 69, Wittendorff. Großgörlitzstr. 125, Broje.	Rixdorf. Bergstr. 78, Radler. 129, Hartmann. Canner Chaussee 179, Döbler. Reffingstr. 30, Hoppe. Reue Jonaststr. 33, Hagemann. Richardplatz 16, Wastus.	Schöneberg. Eberstr. 37, Weber.	Selchow. E. Schulze.	Spandau. Körnerstr. 5, Schmidt. Neuendorfer Str. 13, Schmidt.	Tegel. Schulstr. 1, Junn Bruch.	Weihensee. Lindenallee 58, Reinhardt.
---	---	---	-------------------------------------	-----------------------------------	--	---	--	---	---	---	------------------------------------	-------------------------	---	------------------------------------	--

Aus der Liste der bewilligten Bäckereien weger Tarifbruchs gestrichen.

Berlin. Friedrichsfelder Str. 17, UeMh. Lynarstr. 14, Fiedler. Kroßkauer Str. 26, Kam. Niederbarnim Str. 62, Wäntner.	Hermannstr. 61/62, Stadte. Weihensee. Helmendorfer Str. 4/6, Stute. Langhändstr. 142, Kalkfle.
---	---

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Königs-Wusterhausen und Umgegend.

In der Vorstands-Sitzung vom 26. Mai 1911 wurden im Interesse der Kasse und um den großen Arzneiverbrauch etwas einzusparen, folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt und verordnet:

An Sonn- und Festtagen finden für unsere Kassemitglieder bei sämtlichen Ärzten unserer Kasse **keine Sprechstunden mehr statt.**

An diesen Tagen sind nur bei Unglücksfällen die Hausärzte in deren Wohnungen aufzusuchen.

Als Ersatz für die fortfallende Sonntags-Sprechstunde wird von unserer Kasse eine Sprechstunde **jeden Sonnabend von 6—7 Uhr nachmittags** abgehalten.

Nur gegen Abgabe eines gedruckten, vorchriftsmäßig ausgefüllten Bons ist es den Ärzten gestattet, auf Kosten der Kasse unsere Mitglieder zu behandeln.

Diese Bons können nur gegen Vorlegung des Kassen-Quittungsbuchs oder eines vom Arbeitgeber ausgestellten Ausweises von der Kasse oder einem anderen Arbeitgebers, der diese Bons führt, ausgeben werden.

Königs-Wusterhausen, den 30. Mai 1911.
Der Vorstand.
S. K.: 276/15
G. Griching, Vorsitzender.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Das Bureau ist am Sonnabend, den 3. Juni, und Dienstag, den 6. Juni, von mittags 1 Uhr ab geschlossen.
Der Arbeitsnachweis ist Dienstag, den 6. Juni, geschlossen.

Drei Tropfen Kaoil

flüssige Metall-Politur machen das schmutzigste Metall spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pf. Überall zu haben.
Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Hermann Fischers billigste Särge
Berlin, Urbanstr. 111, Ecke Jahnstr.
(über Rixdorf). Tel.: Amt IV, 12459.

Zur Probe

NEU! 80 Stücke mit Röhrenapparate

mit Röhrenapparate bei Nichtgefallen, also ohne jede Kaufverpflichtung und ohne Anzahlung lediglich gegen Monats-Raten von 2 Mark an liefern wir: Sprech-Apparate mit Pathé-Platten, Musik-Instrumente aller Art, photographische Apparate, Waffen etc.

Kaufen Sie niemals ohne mehrstägige Probe! Kaufen Sie nur unsere abgelassenen Pathé-Platten. Alle anderen Platten werden durch den ständigen Nadelwech. el angegriffen u. schließlich völlig zerstört.

Gratis

und franco senden wir auf Verlangen an jedermann unseren illust. Katalog, Postkarte genügt.

BIAL & FEUST
Breslau Postfach 120/26

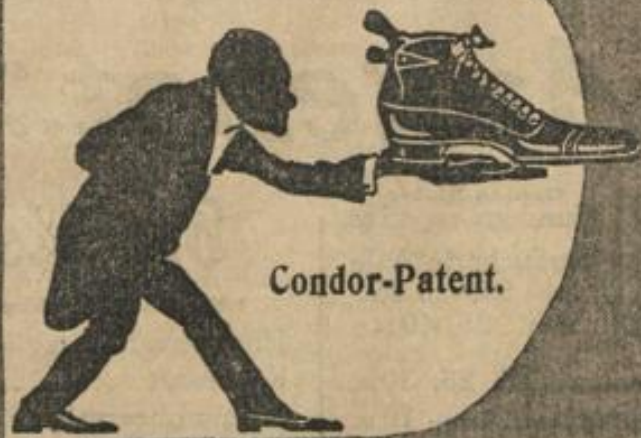
H. Pfau, Bandagist
Berlin Dirsensstraße 20
am alten Bahndorf Alexanderplatz und Volteipräsidentium. — Amt VII, 19799.
Für Damen-Bandagen.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Verschenke Sonnabend

beim Einkauf von **Filz-, Stroch-, Seidenhüten, Mützen, Stöcken, Schirmen** einen passenden **Gegenstand.**

Franz Köppen
Müllerstraße 14. 82/20

Fritz Wilke's Festsäle, 500, Garten mit neuer Bühne bis 1000 Pers.
Sebastianstr. 39, dicht a. d. Alten Jakobstr.
Wingsten, mehrere Sonnabende und Sonntage zu Veranlassungen, Festlichkeiten usw. noch zu vergeben. Fernsprecher Amt 4 Nr. 11348. (1908)



Pfingst-Verkauf:

Unvergleichlich preiswert!

Zierliche Damen-Halbschuhe

Braun Chevreau, Derbyschnitt, zum Teil mit farbigen Einsätzen 10⁵⁰ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁷⁵

Schwarz Chevreau-Schnürschuhe Derbyschnitt, versch. Ausführungen 10⁵⁰ 8⁵⁰ 5⁹⁰

Condor-Pumps Chevreau Lack 550 braun Chevr. 650

Oxford 2-Knopfschuhe, in modernen Farben 5⁹⁰

Schnürstiefel braun und schwarz, beliebige Preislagen : 12⁵⁰ 10⁵⁰ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁷⁵

Für empfindliche Füße:

Lasting-Zugstiefel 5²⁰ 4²⁰ 3⁵⁰

Lasting-Schnürstiefel 4⁵⁰

Moderne Herren-Schnürstiefel

braun Chevreau, unerreicht in Qualität und Preis 8⁵⁰

Schwarz Chromleder mit Lackkappen 7⁵⁰

Unser Original-Goodyear-Welt-Fabrik schwarz u. braun Chevreau u. Boxcall, in versch. Ausfüh. 12⁵⁰

CONDOR-PATENT-

D. R. P. 174 209 Herren-Schnürstiefel D. R. P. 174 209

ohne zu schnüren!
Ideal bequem! □ Moderne Formen!

Spezialformen für leidetüchtige Füße

Hauptpreislisten 16⁵⁰ 14⁵⁰ 11⁵⁰

Moderne Kinder-Schuhe

Knaben- u. Mädchen-Schnürstiefel, braun Chevreau, solid, elegant

25-30 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38

4⁷⁵ 5²⁵ 5⁷⁵ 6²⁵ 6⁷⁵ 7⁵⁰

Fein Boxhorse, vorzügliche Qualitäten

4³⁰ 4⁶⁰ 4⁹⁰ 5³⁰ 5⁶⁰

Lack-Spangenschuhe, sehr steif

2⁹⁰ 3⁴⁰ 3⁹⁰ 4⁴⁰ 4⁹⁰

Sandalen, gesundes Tragen

2⁵⁰ 2⁸⁰ 3¹⁰ 3⁴⁰ 3⁷⁰

Schnürstiefel, weißes Glacé, mit Lackbesatz

17-21 22-24 25-28
2⁸⁰ 3⁸⁰ 4⁵⁰

CONRAD TACK & CIE

Schuh-Fabrik BURG bei Magdeburg

125 eigene Geschäfte, davon in Berlin und Umgegend:

- | | | | | |
|--------------------------|-------------------------|----------------------------|-----------------------------|------------------------------|
| C. Spittelmarkt 15 | NW, Wilsnacker Str. 22 | N, Reinickendorfer Str. 23 | SO, Oranienstrasse 32 | Charlottenburg: nur Wilmers- |
| C. Rosenthaler Str. 14 | NW, Beusselstrasse 29 | gegenüber der Planlagestr. | SO, Oranienstrasse 2a | dorfer Strasse 122-123 |
| W. Potsdamer Str. 50 | N, Friedrichstrasse 127 | N, Brunnenstrasse nur 57 | Hochhausstation Oranienstr. | Rixdorf: Bergstrasse 30-31 |
| W. Schillstrasse 16 | edrig gegenüber der | N, Danziger Strasse 1 | SO, Wrangelstrasse 49 | Potsdam: Brandenburger |
| NW, Turmstrasse 41 | Oranienburger Strasse | O, Andreasstrasse 50 | SW, Friedrichstrasse, | Strasse 54 |
| Ecke Oldenburger Strasse | N, Müllerstrasse 3 | O, Frankfurter Allee 125 | 240-241 | |

MARKE



Restaurant „Wald-Idyll“ Schmöckwitz

Bedeutend vergrößert — im Wald und am Bangen See gelegen. 3 Säle, Secterrassen, Herren- und Damen-Badeanstalt, Ruderboote, Ueberfeste, Dampferbrücke, Ausspannung, Verbindung: Stadtbahn oder Odellger Bahnhof-Tischwalde; Dampfer nach allen Richtungen. Prachtige Fuhpartie von Grünau ab auf schattiger Waldpromenade am See entlang. Vereine und Fabriken hält sich bestens empfohlen.
E. Noack, Fernsprecher: Zentzen 81.

Pfingst-Angebot
S. Gottlieb
G. m. b. H.
Rosenthaler Str. 54
Konfektionshaus
mit Hochleistung
gurg.

Bis Pfingsten
stellen wir, um jedermann die Möglichkeit zu geben, seinen Sommerbedarf zu decken, die Abzahlungsbedingungen ganz besonders günstig. Wir empfehlen in grosser Auswahl

auf bequeme Teilzahlung

Herren-Anzüge

1 Anzug 15 M. Anzahl 3,00
1 Anzug 21 M. Anzahl 4,00
1 Anzug 27 M. Anzahl 5,00
1 Anzug 34 M. Anzahl 6,00
1 Anzug 42 M. Anzahl 8,00

Paletots und Ulster

1 Paletot 18 M. Anzahl 3,00
1 Paletot 24 M. Anzahl 4,00
1 Ulster 30 M. Anzahl 5,00
1 Ulster 36 M. Anzahl 6,00
1 Ulster 45 M. Anzahl 8,00

Damen-Konfektion

— ERSTE ANWahl.

1 Mark pro Woche

Ohne Anzahlung!
Liefere an jedermann bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

Garderobe f. Herren, Damen, Kinder auf Kredit Wochenrate von 1 Mk. an

Möbel
Komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Porzellan, farbige

Küchen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Lätz- und Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung.

S. DORN, Alte Schönhäuser Str. 3
Ecke Linienstrasse.

Wo fahren wir hin?
Fahren wir mal rüber zu Schmitz!!!

Restaurant Bellevue, Woltersdorf Schleuse
Dampferstation der Reederei Nobiling & Tismer.
 herrlicher Garten nebst Gassen, Parkettfußboden, größter der Umgebung, passend für Gewerkschaften und Vereine. Vorzügliche Kegelbahn für Ruderer und Seiler. Gut bürgerliche Küche und Kaffeetische sowie wohlgepflegte Tiere empfohlen.
Emil Schmitz.
Emit Gerner 260.

„Silesia-Bad“
11242*
Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



Freitag
Sonnabend

Lebensmittel-Angebot

soweit
vorhanden

Fleischwaren

Rollschinken ca. 6-10 Pfund schwer Pfund 1.25
Landschinken ca. 7-10 Pfund schwer Pfund 1.15
Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfund schwer Pfund 1.15
Schinkenspeck in Stücken von 1/4 bis 1/2 Pfund 95 Pf.
Harte Plockwurst Pfund 1.20
Zerelat- u. Salamiwurst Pfund 1.15
Teewurst Pfund 1.10
Bauernmettwurst mit Knoblauch Pfund 1.00
Echte Frankfurter Würstchen Dose 2 1/2 Paar 85 Pf., 5 Paar 1.40, 10 Paar 2.50
Dose 6 Paar 12 Paar
Delikatess-Würstchen 75 Pf. 1.45
Schinken Prager Art, ohne Bein, tafelfertig, zum Warmmachen, Dose ca. 6-8 Pfund Pfund 1.45

Ständiger Verkauf:

Mineralwasser

Harzer Sauerbrunnen . . . 20 Fl. 2.00
Tafelwasser 30 Flaschen 1.80
Professor Dr. Friedrich Esmarch
Tafelgetränk 1/2 Ltr. Flasche . . . 10 Fl. 2.00
Sauerbrunnen Wolff Metternich 20 Flaschen 3.00
Bilzbrause, Fürstenbrunnen, Selterwasser Dr. Struve & Soltmann, Apollinaris, Bäder Sauerbrunnen, Königl. Fachinger, Giesshübler. Sämtliche natürliche Mineralbrunnen. Dr. Sandows künstliche Mineralsalze.

Walderdbeeren Schachtel 28 Pf.
Kirschen Pfund 23 Pf.
Zitronen Dutzend 25, 30, 40 Pf.
Austral. Äpfel Pfund 33 Pf.
Bananen Pfund 25 Pf.
Frische Stachelbeeren . . . Pfund 20 Pf.
Junge Gänse Pf. 75, 90 Pf., 1.00
Suppenhühner . . . 1.85 bis 2.90
Brathühner 1.65 bis 2.75
Grosse Kieler Flundern Pf. 45 Pf.
Geräucherte Aale Pfund 95 Pf., 1.25
Bund . . . 35, 40 Pf.
Gurken 15, 25, 30 Pf.
Kopfsalat 4 Köpfe 10 Pf.
Radieschen 6 Bund 10 Pf.
Sommer-Malta-Kartoffeln Pf. 10 Pf.

Rehwild zu billigsten Preisen. Kasseler Rippespeer Pf. 85 Pf. bis 1.00

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

Frisches Fleisch und Fische

Schmorfleisch Pf. 1.00, ohne Knochen 1.10
Roastbeef Pf. 1.10, ohne Knochen 1.50
Kamm und Brust Pf. 75 Pf.
Gulaschfleisch Pfund 70 Pf.
Gehacktes Fleisch Pfund 60 Pf.
Talg Pfund 45 Pf., ausgelassen . . Pf. 55 Pf.
Pökelrinderbrust Pfund 90 Pf.
Hammelkeule Pfund 95 Pf., geteilt 1.10
Kalbskeule u. Rücken 1.10, 5^{te} teilt 1.20
Kamm und Bug Pf. 85 Pf.
Kalbsbrust Pf. 95 Pf., Spitze Pf. 1.10
Frischer Schinken Pf. 70 Pf., geteilt 75 Pf.
Kamm u. Schuft Pf. 85, geteilt 90 Pf.
Rückenfett Pf. 48 Pf., Liesen Pf. 55 Pf.
Frisches Rippespeer Pf. 1.00
Eisbein (Dickbein) 50 Pf., Pfund 2.40
Lebende Aale Pf. 65 Pf., 1.00, 1.10
Lebende Schleie Pfund 1.10
Schellfische Pfund 15 Pf.
Seelachs in ganzen Fischen . . Pfund 13 Pf.
Kabeljau in ganzen Fischen . . Pfund 13 Pf.
Steinbutten Pfund 38, 50 Pf.
Lachs Pfund 42 Pf.
Zander Pfund 68 Pf.

Fruchtsäfte

inkl. Flasche, in Raffinade eingekocht
Himbeersaft . . . 1/2 Flasche 85 Pf., 1.00
Kirschsaft 1/2 Flasche 85 Pf.
Johannisbeersaft . . . 1/2 Flasche 85 Pf.
Zitronensaft 1/2 Flasche 95 Pf.
Erdbeersaft 1/2 Flasche 1.00
Ananassaft 1/2 Flasche 1.25

Bowlenwein

inkl. Flasche
Borsdorfer Apfelwein . . . 1/2 Fl. 32 Pf.
Frankfurter Apfelwein 1/2 Fl. 38 Pf.
Weisser Tischwein 1/2 Flasche 70 Pf.
Ober-Mosel 1/2 Flasche 75 Pf.
1908 Rüdorfer . . . 1/2 Flasche 85 Pf.
1909 Wintricher . . . 1/2 Flasche 95 Pf.

Schaumwein

Deutsches Erzeugnis
Mignon Kupfer . . . 1/2 Flasche 2.35
Mignon Gold 1/2 Flasche 2.85
Imperial, Gold-Etikette . . . 1/2 Flasche 3.00
Olympia, Silber, Obtschaumwein 1/2 Flasche 1.45
Olympia, Gold, Obtschaumwein 1/2 Flasche 1.75

Ständiger Verkauf nur Leipziger Strasse:

Feine Kalte Küche

Arrangements von kalten Buffets, sowie jeder Art garnierter kalter Platten.

Speisen in Gelee in verschlossenen Gläsern:

Aal 40, 65 Pf., 1.10
Lachs 35, 45, 55 Pf.
Hummer 80 Pf.
Krabben 30 Pf.
Schweine-Filet 55 Pf.
Schweine-Rippchen . . . 50 Pf.
Kalbfleisch-Sülze 45 Pf.
Ochsenmaulsalat . . . 40 bis 60 Pf.
Preise inklusive Glas.

Reise-Kartons enthaltend: 1/2 Flasche Rotwein oder 1/2 Flasche Portwein, 1 Trinkglas, 1/2 Huhn, 1 Glas Salat, Obst, Brötchen, Besteck 2.50

Anzüge Paletots engl. Ulster

Anzahlung 5 Mark an wöchentlich 1 Mark

Damen- u. Kinder-Konfektion

Anzahlung 3 Mark an wöchentlich 1 Mark Beamten u. ausgezahlten Kunden Ohne Anzahlung

M. Beiser

Lothringer Str. 67

Turmstr. 55 Kredit-Haus Moabit Turmstr. 55
Pfingst-Sonder-Angebot
Zum bevorstehenden Pfingstfest empfehlen wir unsere reichhaltigen Lager in
Herren- und Damen-Konfektion

Möbel
komplette Einrichtungen in allen Stil- und Holzarten als auch einzelne Gegenstände
Anzahlung von 5 Mark an
Wochenrate 1 Mark an

Sommer-Paletots 20-45 M. Herren-Anzüge . . 18-50 M. Gehrock-Anz. etc. 50-75 M. in allen möglich. Farben u. Dessins

Anzahlung schon von 3 Mark an.

Damen-Kostüme 20-75 M. Damen-Mäntel . . . 9-40 M. Kostüm-Röcke etc. 5-30 M. in allen Weiten, tafelfertig verarbeitet.

Anzahlung schon von 3 Mark an.

Wochenrate 1 Mark

Gratis! Für Herren bei Entnahme eines Anzuges oder Paletots: mod. Hut, Stock od. Schirm.
Für Damen: ff. Lederwaren, Täschchen, Gürtel etc. etc.

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak

in Rollen, Bündel und Enden. General-Vertrieb: Karl Röcker, Berlin O. 27. Grüner Weg 112 (Amt VII, 3861).



W. Zapel Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131

Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filzhüte. Lager in Schirmen und Mützen.



„Tipp-Topp-Rollschuhe“

aus der Berliner Rollschuh-Fabrik G. m. b. H. Berlin Bülow-Str. 66 im Hause von Mix & Genest hinter der Luther-Kirche

sind die besten der Welt! Verkauf werktäglich direkt in der Fabrik, 2. Hof rechts, im Kontor, kein Laden, in der Zeit von 9-7 Uhr. - Reparaturen billig und sachgemäß. - Mit Kugellager schon von 5,- Mark an bis 20,- Mark.

Aus Industrie und Handel.

Einen interessanten Konflikt zwischen zwei deutschen Regierungen und einer Aktiengesellschaft

Zeitigte die am Dienstag zu Eutin stattgefundene Generalversammlung der Eutin-Lübecker Eisenbahngesellschaft. Vorstand und Aufsichtsrat genannter Gesellschaft hatten eine Dividende von 3 1/2 Proz. auf Vorschlag vorgeschlagen. Dagegen erhoben die Regierungen von Lübeck und Oldenburg Einspruch und verbotenen unter Strafandrohung die Auszahlung der Dividende auf Vorschlag. Sie begründeten ihre Haltung damit, daß im letzten Jahre 85 000 Mark aus dem Reservefonds zur Anschaffung von neuen Waggonen verwendet worden sind, wodurch dieser Fonds beinahe erschöpft wurde. Solche Anschaffungen seien lediglich aus Betriebsüberschüssen zu machen. Die beiden Regierungen erhoben demzufolge auch Einspruch gegen die letzte Bilanz vom 31. Dezember 1910. Die Vertreter der Aktionäre und Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorstandes — unter denen sich die Bankdirektoren Friedländer und Otte sowie Rechtsanwalt Goldstein-Berlin und andere Berliner und Hamburger Finanzleute befanden — protestierten mit aller Entschiedenheit gegen diese Vergeßlichkeit der Gesellschaft durch die beiden Staatsregierungen. Die Auszahlung der Dividende und die Bilanzprüfung des Reserve- und Erneuerungsfonds sei nicht ungesetzlich. Durch die Regierungsmassnahmen würden Kurstürze erfolgen und die Aktien entwertet. Kein Mensch würde mehr Kapital in solche Unternehmungen stecken und andere schöne Gründe mehr, entströmten den entrüsteten Kapitalistmännern. Auf der Generalversammlung war Lübeck durch zwei Senatoren, Oldenburg durch einen Regierungsrat vertreten. Die Versammlung beschloß, die Anträge der Regierungen abzulehnen, die Dividende auf Vorschlag zu genehmigen und eventuell den Streitfall bis zum Reichsgericht durchzuführen. Die Vertreter der Regierungen protestierten gegen den Beschluß und wiederholten die Strafandrohung für den Fall der Dividendenzahlung. Unter allgemeiner Erregung und Entrüstung wurde die Versammlung geschlossen. Wie kann man auch das dreimal geheiligte Privateigentum von Staats wegen anzutasten wagen. Das wäre ja heute schon die Expropriation der Expropriateure.

Trust und Arbeiter.

Wie das zusammengeballte Riesenkapital der Trusts mit den Arbeitern umspringt, lehnen einige Angaben, die die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der amerikanischen Steel Corporation (des Stahltrusts) macht. Dieser am 1. April 1901 ins Leben getretene Trust, der über mehrere hunderttausend Angestellte und Arbeiter kommandiert, erzielte im Jahre 1910 einen reinen Betriebsgewinn von 174,74 Millionen Dollar (gleich rund 734 Millionen Mark). Was aber kriegen die Arbeiter? Sie genießen eine sehr „patriarchalische“ Fürsorge. Neben Hunderten von guten Arbeiterhäusern sind hier trefflich eingerichtete Schulen

und Krankenhäuser, Bibliotheken, Turn- und Schwimmhallen, Theater und Konzertsäle für die Angestellten geschaffen. Der Pferdebesitz all dieser Maßnahmen ist freilich nicht zu übersehen. Wehe dem Arbeiter, der die Miete eines Vierzimmerhäuschens kündigt oder zur Kündigung Anlaß gibt: er muß schon anderen Tags die Wohnung räumen und mag mit Weib und Kind auf der Straße umherirren! Die Leitung der Wohltätigkeitsanstalten ist dem Scheine nach in Händen der Arbeiter, in Wirklichkeit in Händen des Trusts, dessen Beamte die Vorstände bilden, um dafür zu sorgen, daß nicht etwa aus Turn- und Gesangsvereinen Koalitionen werden, die das Organisationsverbot umgehen. Denn eine gewerkschaftliche Organisation duldet der Trust nicht. „Unbeugsam und unentwegt“ beruft er sich auf das Prinzip des Herrn im Hause. Er hat es sogar fertig gebracht, die Amalgamated Association of Iron and Steel Workers (den Verband der Eisen- und Stahlarbeiter), eine der reichsten Gewerkschaften, durch Stilllegung der Werke, die die Mitglieder des Verbandes beschäftigen, zu zerquetschen.

Natürlich weiß der Trust ganz gut, warum er die Arbeiter lieber mit „Wohltätigkeit“ beglückt und bebormundet und keine Gewerkschaft duldet: die würde ihn im Lohn drücken stören. Der durchschnittliche Jahreslohn des gesamten Angestelltenheeres ist allerdings von 1902 bis 1907 von 717 auf 800 Dollar oder um 11,7 Proz. gestiegen; die Zunahme steht aber in keinem Verhältnis zur Preiserhöhung aller Lebensbedürfnisse im gleichen Zeitraum. Und stellt man in Rechnung, daß der Trust eine Menge Angestellter mit sehr hohen Gehältern im Dienst hält, so ergibt sich für den gewöhnlichen Arbeiter ein Durchschnittswochenlohn von etwa 12 Dollar (ungefähr 50 M.), der sich angesichts der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse hart an der Grenze der Hungerlöhne bewegt. In Zweigunternehmungen des Trusts aber, so fährt die „Deutsche Wirtschaftsztg.“ fort, wie in der Pfefel Steel Co. und den Cherry Hill-Bergwerken, herrschen Zustände, die „aller gesellschaftlichen Moral Hohn sprechen“.

Enthüllungen über amerikanische Trustpraktiken.

Der Generalanwalt Dideröham kündigte bei seiner Vernehmung seitens des Ausschusses des Repräsentantenhauses an, daß die Regierung die Strafverfolgung von Trusthäuptern verlange. Die Demokraten brachten aus Dideröham heraus, daß dieser früher, als gerade der Rudertrust funktionierte, 20 000 Dollar erhalten habe. Auch beim Stahltrust hat Dideröham ähnlich gewirkt.

Aus der Frauenbewegung.

Kinderflaven in Europa resp. Deutschland.

Unter diesem Titel brachten wir hier kürzlich einen Bericht über einen Vortrag, den die Sozialzeitschriftentante Henriette Arendt aus Stuttgart in Berlin gehalten. In der Diskussion über diesen Vortrag geriet die bürgerlichen Leiterinnen der Versammlung mit den sozialistischen Rednern aneinander, weil diese anempfahlen, den bürgerlichen Blättern, die durch ihre sogenannten Adoptionsannoncen diesen Kinderhandel begünstigten, entgegenzutreten. Blätterweise scheint der sozialdemokratische Rat nun dennoch

auf guten Boden gefallen zu sein. Wenn auch das Samen Korn zunächst in erzatholischen Boden gesunken war, scheint es doch nun auch an anderer Stelle zu nagen. Vielleicht hat auch der ungeschminkte Tatbestand, den der „Vorwärts“ gegeben, dazu beigetragen. Aber lassen wir der „Germania“ den Vorrang.

Genug, der: „Zeitungsverlag“, das offizielle Organ der Zeitungsverleger schreibt vom 28. Mai 1911, nachdem er zunächst einen Auszug des Berichtes der „Germania“ gegeben hat.

Es ist durchaus notwendig diese Angelegenheit klarzustellen. Sollten sich die gemachten Angaben bewahrheiten, so ist es höchste Zeit, daß die erwähnten Inserate aus der Tagespresse verschwinden.

Schon heute können wir mit Freude konstatieren, daß die erwähnten Annoncen in den Berliner Blättern seit dem Vortrag der Schwester Henriette Arendt ganz bedeutend in der Abnahme sind.

Dagegen paradiert die „Berliner Morgenpost“ vom 31. Mai noch mit nachfolgender Kinderhandeldrubrik.

- 1. Lieblicher Knabe, acht Wochen alt, ohne Abfindung zu verschenken. Offerten Q. S. Postamt 63.
2. Witwer möchte dreiviertel Jahr alten Knaben gegen einmalige Abfindung vergeben. Näheres bei Schudert, Alvenslebenstr. 12.
3. Pfliegelind wünscht Konrad, Frankfurter Allee 32.
4. Nehme Kind in Pflege, Mutter kann einwohnen. Liebecke, Putzbuscher Str. 18.
5. Jungen, sechs Monate, verschenkt ohne Abfindung. Panitzsch, Charlottenburg, Magazinstr. 14.
6. Kind findet gute Pflege. Schulz, Stolpische Str. 43, Luerggebäude 4 Treppen.
7. Gutsituiertes Ehepaar nimmt Kind in saubere liebevolle Pflege. Offerten unter „Strauß“ Postamt 43.
8. Junge Leute (Techniker) suchen besseres Kind von zwei Jahren an in Pflege zu nehmen. „Stegl.“ 55, Morgenpost, Steglitz.
9. Armes Mädchen verschenkt neugeborenes Kind unentgeltlich. Grahlau, Schwedter Str. 255.
10. Pfliegelind nimmt Pfl. Franzosistr. 28.
11. Mädchen, einmalige Abfindung, wünscht Arnold, Soldiner Str. 98.

Bei der Infektionsdirektion der „Berliner Morgenpost“ scheint der Warnungsruf des „Zeitungsverlags“ noch nicht gewirkt zu haben. Was fragt sie danach, was aus den verschenkten Kindern wird? Ob ihnen die Knochen gebrochen werden, um einträgliche Krüppel zu sein? Ob sie zu Gaunern oder Verbrechern herangebildet werden?

Eingegangene Druckschriften.

- Geschichten von Inseln. Von A. Michel. 3 B., geb. 4 M. S. Pflüger, Verlag, Berlin.
Geschichte der Freie zwischen Wissenschaft und Theologie in der Christenheit. Von Andrew Dixon White. Zwei Bände. 9,00 M., geb. 12 M. Th. Thomas Leipzig.

Pfingstwein „Santa Lucia“ Kraft-Rotwein Fl. 1⁵⁰ und 2⁰⁰

Nachahmungen, bitte, zurückweisen. Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatess-Geschäften.

Reise-Kleidung

Sehr billige Angebote!

Reise-Anzüge Cheviot oder Loden mit langer oder kurzer Hose, Jacke od. Joppenform ... 36, 33, 30, 27, 24, 21 M.

Cheviot, in vielen Mustern u. Formen Reise-Ulster 50, 40, 36, 33, 30, 27, 24 M.

Reise-Pelerinen für Herren, Damen, Knaben und Mädchen. Nur imprägnierte Loden ... 15, 13⁵⁰ 12, 7⁵⁰ 4⁵⁰ M.

Reise-Mäntel echt englische und deutsche Gummimäntel, hochgeschlossene und mit Fassen ... 22⁵⁰ 18, 12⁵⁰ M.

Reise-Joppen Loden- und Wachtstoffe, mit Gurt- oder Litavkenform ... 6, 5, 4, 3, 2²⁵ M. 90 Pf.

Reise-Jacketts gestreift, schwarz, grau, blau oder rotweiss, Loden und Panama Gewebe ... 15, 12, 10, 8, 6, 4, 3, 1⁸⁵ M.

Reise-Hosen Buckskin, Flanel, Köper und Wachtstoffe mit umgebügelter Saum ... 15, 12, 10, 8, 6, 3, 2⁵⁰ M.

Reise-Hüte Loden-Hüte, grau, oliv ... 3, 2⁵⁰, 1⁹⁰ M. Spezial-Mark „Tourist“, besonders 3⁴⁰ M. preiswert ...

Reise-Mützen echt engl. a 6, 5, 4, 3, 2, 1²⁵ M. 70 Pf. deutsch Fab

Stroh-Hüte großen Putzen, solitige Vorrat 4, 3, 2, 1²⁵ M. 50, 25 Pf.

Reise-Wäsche • Reise-Hemden • Reise-Westen • Reise-Gürtel • Reise-Stöcke • Rucksäcke

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostenfrei.

B. FEDER

Deutschlands allergrößtes Kredit-Kaufhaus
Frankfurter Allee 89 | Brunnenstrasse 1 | Kottbuser Damm 103
offert unter kulantesten Zahlungsbedingungen

auf Teilzahlung

HERREN-Garderobe
DAMEN-Garderobe
KINDER-Garderobe

Damenhüte

Schuhwaren — Manufakturwaren.

Großer Pfingst-Verkauf

zu festen, aber wirklich billigen Preisen.
Jeder Kunde bewundert meine große Auswahl.
Jeder Kunde freut sich über die sachgemäße Bedienung.
Jeder Kunde staunt über die kleine Anzahlung.
Jeder Kunde lobt die prompte Abfertigung.

Besichtigung meiner Konfektionerräume jedermann gestattet.

10% der geleisteten Anzahlung
erhält ein jeder neu hinzukommende Kunde sofort vergütet, der sich auf dieses Inserat bezieht.



Theater.

Freitag, den 2. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Kestler-
Lieder von Nürnberg. (Anfang
7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Der
Kanonier.
Deutsches. Hamlet.
Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Frühlings Er-
wachen.
Saffig. Sommerput.
Königliche Oper. Orpheus in der
Unterwelt.
Berliner. Summestudenten.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Neues Schauspielhaus. Die feuchte
Sujame.
Neues. Der Leibgardist.
Schauspielhaus. Unsere Bege.
Trianon. Das Bräutigam. Anfang
8 1/2 Uhr.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Sänger - Theater.)
Revolutionshochzeit.
Schiller. Charlottenburg. Maria
und Magdalena.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Kasernenluft.
Neues Operetten. Eine Million.
Pulsen. Neue Heimat.
Modernes. Wienerinnen. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Wife. Robert und Bertram.
Folies Caprice. Parfiana. En-
semble: Die letzte Nacht. Ein
Fenster zu vermieten. Das
Schmuckstück. Die Hochzeitreise.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hohheit amüsiert sich!
Mephisto. Spezialitäten.
Wägnagel. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
(Anfang 7 1/2 Uhr.)
Walhalla. Prinz und Bettlerin.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Antimes. Die neue Geliebte. Der
Reichtümer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lichtspiel.
Kaiser-Panorama. Besuch von
Gestirn und Indien. Wanderung
durch die Nordbergebirge.
Urania. Lebende Tierbilder
von nah und fern.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Berliner-
Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Revolutionshochzeit.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gabrielle der Fischer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Revolutionshochzeit.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
König Heinrich.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Heinrich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Husarenleber.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.
Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Freitag, den 2. Juni, 8 Uhr:
Kasernenluft.
Morgen und folg. Tage: Kasernenluft.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder
von nah und fern.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark.
n. abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Robert und Bertram.
Morg. 3. 1. M.: Der Selbstmörderklub.
Auf der Gartenbühne wegen Vor-
bereitung zu der großen Revue heute
und morgen keine Vorstellung.

Metropol-Theater.
Hohheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von A. Freund.
Musik von Rudolf Kellon.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
1., 2. u. 3. Pflingstfeiertag:
Theater, Spezialitäten
Anfang: Konzert 5 Uhr, Theater 6 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Referiert 75 Pf., Entree 50 Pf.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Prinzen.
Liebeschwand in 3 Akten v. R. Misch.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
Die letzte Nacht.
Ein Fenster zu vermieten.
Die Hochzeitreise.
Das Strumpfband.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena. Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballott
Montreal
Die Stadt auf Schiltschuh.
100 Mitwirkende 100
Apachen-Tänze auf dem Eis.
Die Eisb. ist v. 10 U. früh geöffn.
Anerk. vorzügliche Restauration.
Bier- und Weinabteilung.
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends: halbe Kassenpreise.

Luna-Park

Morgen
Sonnabend, den 3. Juni
Elitetag
Feenhafte Parkbeleuchtung
Eröffnung der Straße von
CAIRO
85 Eingeborene aus dem
Nillande. — Eröffnung der
grössten Lichtschau d. Erde
Johnstowns Untergang
sowie des
Hippodrom Lehmann
" 4 Kapellen "
Sensationelle Attraktionen
**Sonntag, den 4., u. Montag, den 5. Juni, Wieder-
holung aller Festlichkeiten. Feenhafte Park-
beleuchtung. 4 Kapellen. Eintrittspreis 50 Pf.**

Neue Welt.

Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.
Große Spezialitäten-Vorstellung
Ganz neues Programm: Ermakow, tatarische Kriegsspiele.
Smeerlape mit seinen dressierten Schweinen. Maire, erster
Tenor der Metropolitan-Oper New York. Teufelsrad, neueste
Belustigung.
Pflingstfeiertage Frühkonzerte 5 Uhr.
Großes Promenaden-Konzert.

Zwerg-Truppe!

Die durch den Sportpalast brotlos
gewordenen Zwergge treten ab
4. Juni
(Erster Pflingstfeiertag)
im Schloß Weißensee auf

Brauerei Friedrichshain (am Königstor).
1., 2. u. 3. Pflingstfeiertag: **Große Festkonzerte.**
Philharmonisches Blas-Orchester — 50 Künstler. —
Direktion: Franz v. Blon.
Mitwirkung: **100 Sänger.**
Außerdem: **Gr. Intern. Radrennen.** 3 spannende Rennen
auf der amerik. Home Train Rennbahn. 10 Rennfahrer. Es starten:
Tadewald, Techmer, Pawko, Tetziak, Theiss, Ehler, Vinzberg,
Casani usw.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Am 1. und 2. Pflingstfeiertag: **Früh-Konzert.**

Apollo Theater
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die neuen Juni-Spezialitäten.
Des sensationellen Erfolges wegen
prolongiert:
Der zerbrochene Spiegel.
Letzte Reue d. popul. Gebr. Schwarz.
Hui ein Weib.
Großes amerikanisches Ausstattungs-
Sensationsstück in sieben Bildern.

SPREE HAVEL
Stern
DAMPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT
An allen drei Pflingstfeiertagen:
9,00 ab Weidendamer Brücke (Bahnhof Friedrichstraße) } nach Potsdam.
9,25 ab Café Götter (Bahnhof Bellevue) }
9,50 ab Charlottenburg, Schloßbrücke }
Ferner auf der Unterspreewald und Havel regelmäßige Verbindungen laut
Fahrplan.
Oberspreewald und Dahme
9,00 Uhr ab Jannowitzbrücke nach **Waltersdorfer Schleuse.** Einfache Fahrt 70 Pf.
9,30 " " " " **Rauchfangswerder.** Einfache Fahrt 55 Pf.
10,00 " " " " **Krampeburg u. Schmöckwitz.** Einfache Fahrt 50 Pf.
ab Schle. Tor (Hofbahn) 15 Min. später.
Ferner ab 8,00 halbstündlich nach **Loreley**, ab 8,30 stündl. nach
Grünau, nachmittags viertelstündlicher Verkehr.
Ab Grünau von vorm. 8,20 stündlich nach **Rauchfangs-
werder**, von nachm. 1,30 halbstündlich nach **Schmöckwitz.**
Auf der **Löcknitz** von 8,00 vorm. ab halbstündlicher Verkehr.
Oberhavel und Tegeler See.
Ab Pletzensee - Boussestraße (bei dem Bahnhof) 9,30 vorm. nach
Heiligensee, einfache Fahrt 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Ab Tegel von 6,55 früh bis 8,45 abends halbstündlich nach
Heiligensee und Hennigsdorf, von 7,15 früh bis 10,00
abends halbstündlich nach **Spandau.**
Dampfer und Motorboote für Vereine und Gesellschaftsfahrten
werden in diesem Jahre besonders billig abgegeben.

WINTERGARTEN
Die ausserordentlichen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
Die 7 Korinnas, klassische
Tanzstudien.
Lucia und Karl Reinsch,
Sportakt.
De Dio.
Charles Barons Burleske-
Menagerie.
Tschin Maas 8 heil. Chunguzen.
Bart de Brun-Trio, Bühnenflugakt.
Ad. Salges Marmor-Skulpturen.
The surf bathers, Idylle am Meeres-
gestade.
La Maze-Trio, kom. Akrobaten.
Nicks Roller skating girls.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Passage-Theater.
Die schöne
Maroussia
die Tänzerin klass. Kunst
Nina Bitowey
kaukas. Volksängerin,
und das neue große
Programm!
14 erstklass. Attraktionen.

Voigt-Theater
Schlundbrunnen, Badstraße 58.
Keine Vorstellung.
Beginn der Sommerferien:
Sonntag, den 4. Juni 1911
(1. Pflingstfeiertag).
Goldene Jugend
u. das große Spezialitätenprogramm.
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Srrungen.
Bosse in 1 Akt.
The Odeon. Neubert und Rbo.
Rosa Morst. Otto Römer.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7-9.
1. Pflingstfeiertag
Eröffnung der Saison.
Die drei Grazien.
Bosse von Leon Trepton.
Sonnab. öffentl. Generalprobe.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Heute geschlossen.
Pflingst:
Eröffnung der Sommerferien.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Sonnabend, den 3. Juni: **Ceiffentl.**
Generalprobe bei freiem Entree.

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: **Erstklassige Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.**
Selbstbedachter Theatergarten, bei un-
günstiger Witterung Schuh ziehend.
Donnerstag: **Elitetag.**

Schweizer-Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Am 1. und 2. Feiertag:
Frühkonzerte
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang früh 5 Uhr, nachmittags 4 Uhr.
Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als
Wische im Hosenrod.
Anfang
heute
7 1/2 Uhr.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Unsere 3 Schlager

ges. gesch.

erregen durch Preiswürdigkeit und Eleganz
berechtigtes **Aufsehen.**
Ein einmaliger Kauf macht
Sie zum ständigen Kunden.



„Schuh-Sport“
Stamm

Neu eröffnet:
Oranienstr. 51

Filiale im Osten Andreasstraße 48.

MARKE
PROPAGO 6⁷⁵
Elegante Formen!

MARKE
SALAMBO 8⁷⁵
Vom Guten das Beste!

MARKE
SALAMBO LUXUS 10⁷⁵
Vornehme Rahmenarbeit!

Zu der Stadtverordneten-Erwahlwahl in Berlin,

die durch den Tod des Stadtverordneten Borgmann notwendig geworden ist und am 14. Juni vollzogen werden soll...

Aderstr. 1b, 27-70, 117-143, Anklamer Str. 1-9, 49-60, Vergstr. 28-64, Bernauer Str. 1-24, 84-121 und die Strecke von Gartenstraße bis Vergstraße...

Die Wahlbewegung wurde am Mittwoch eingeleitet mit einer von unseren Genossen einberufenen öffentlichen Kommunalwählerversammlung...

Die Notwendigkeit der Mitarbeit von Sozialdemokraten in der Stadtverwaltung wurde von dem Referenten dargelegt in einer Betrachtung...

wurde vor mehreren Jahren durch das Werkblatt für prägelnde Lehrer und Lehrerinnen, das unsere Schuldeputation dem Lehrpersonal der Gemeindeschulen Berlins als Warnung überreichte...

Die Versammlung schritt dann zur Aufstellung des Kandidaten. Der Vorschlag, den Schriftsteller Max Grünwald zum Kandidaten der Sozialdemokratie zu proklamieren...

Zur Beachtung für alle Wähler machen wir darauf aufmerksam, daß nach der Wählerliste von 1910 gewählt wird...

Zur Beachtung für alle Wähler machen wir darauf aufmerksam, daß nach der Wählerliste von 1910 gewählt wird, die damals in der Liste für den 37. Wahlbezirk standen...

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Galense. Wegen der öffentlichen Versammlung am Dienstag mußte die fällige Wahlvereinsversammlung ausfallen...

Steglitz-Friedenau. Zur Teilnahme an dem Morgenposiergang treffen sich die Genossen mit ihren Frauen am ersten Pfingstfeiertag...

Berliner Nachrichten.

Am Sonnabend fällt die juristische Sprechstunde aus.

Ein nächtlicher Ausflug nach den Gosener Bergen.

Der jahraus, jahrein immer nur das wogende Leben der Großstadt und seiner Umgebung um sich hat, für den ist es ein besonderer Reiz...

Einer der letzten Vorortzüge bringt uns nach Ermer. Nachdem wir im Bahnhofrestaurant noch eine kleine Stärkung zu uns genommen...

Ermer liegt in tiefer Ruhe, nur dann und wann sieht man ein erleuchtetes Fenster. Rechts von uns liegt der Dämmersee. Das Nachtgestirn steht gerade über ihm...

Tiefe Ruhe um uns. Nur dann und wann hört man das Geräusch eines Käuzchens, das, wie der Dieb in der Nacht, auf Beute ausgeht.

Der Tag fängt schon zu grauen an, als wir das Dorf hinter uns haben. Wir befinden uns am Fuße der Gosener Berge. Ihre Umrisse heben sich vom Himmel ab.

Die Helle hat zugenommen. Ein rötlicher Streifen macht sich am leichtbewölkten südöstlichen Himmel bemerkbar; er wird breiter. Das Rot wird heller.

Nachmals prägen wir uns die Schönheit der Umgebung ein, dann folgen wir abwärts. Die Werten des Lokals „Zur Berliner Schweiz“ sind noch geschlossen.

Das Altheilmittel Niebe

wurde vor mehreren Jahren durch das Werkblatt für prägelnde Lehrer und Lehrerinnen, das unsere Schuldeputation dem Lehrpersonal der Gemeindeschulen Berlins als Warnung überreichte...

Eine sehr beachtenswerte Prügelaffäre wird uns aus der 49. Knaben-Gemeindeschule (Schönhauser Allee) bekannt. Im Winter 1910/11 sah in Klasse VI O, die von dem Lehrer Ratthay geleitet wurde, ein bereits zehnjähriger Schüler Al. Der Junge war in seiner Schullaufbahn von Anfang an nicht recht vorwärts gekommen...

„Unjere eingehenden Untersuchungen in Ihrer Beschwerde über den Klassenlehrer Ihres Sohnes Franz, Herrn Ratthay, haben ergeben: Ihr Sohn ist von seinem Lehrer wegen seiner Kränklichkeit stets mit Rücksicht behandelt worden.“

Ihres Sohnes und eine eingehende Prüfung seiner geistigen Fähigkeiten ließen uns zu dem Urteil kommen, daß es im Interesse seiner gesundheitlichen und geistigen Entwicklung, die der Schöpfung bedürfen, angebracht ist, ihn der nahegelegenen Hilsschule bei der 303. Gemeindeschule zu überweisen.

Also: Lehrer Ratthay kenne, wie die Antwort der Schuldeputation angibt, die Kränklichkeit des Jungen und behandelte ihn „stets mit Rücksicht“.

Wenn die Eltern über die ihrem Kinde widerfahrne Behandlung sich so geäußert hätten, wie sie darüber denken, so hätte die Schuldeputation sicherlich Strafantrag gegen sie gestellt.

Frühwagen der Straßenbahnwagen an Pfingsten. Die Große Berliner Straßenbahn und die mit ihr vereinigten Gesellschaften lassen an Pfingsten bei schönem Wetter folgende Frühwagen verkehren...

Auf den Linien der Siemens u. Halske-Bahn werden am 1. und 2. Pfingstfeiertage folgende Frühzüge eingestellt werden: 1. Linie Behrenstraße-Treptow...

Die Frühjahrsparade ging gestern in dem bisherigen Stile vor sich. Der Herr nicht wahr, aber die innere Stadt zu passieren hatte, wurde es gewahrt durch die weite Kreise schädigenden Absperrungsmaßnahmen.

Bauernfänger. Auf die „Vertrauensprobe“ ist wieder einmal ein Amerikaner hineingefallen. Sie kostete ihn das nette Stämmchen von 5000 Mark.

Der Amerikaner lernte Major Norton am vergangen Freitag in der Friedrichstraße kennen und traf sich seitdem öfter mit ihm. Als sie am vergangenen Sonntag auf einem Spaziergang durch die Tauentzienstraße gingen, fand Norton dort einen Brief.

Soziales.

Arbeiterschutz in der Praxis.

Die 85. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 27. Mai hatte sich mit einer Petition: „Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten aus dem Gehilfenstande“ zu beschäftigen.

Ein anderer Unternehmer klagte dem revidierenden Beamten, daß die mit bleiblichen Farben hantierenden Arbeiter Gesicht und Hände nicht in dem gut eingerichteten Waschraum, sondern am Arbeitsplatz in alten Blechbüchsen reinigten.

In einem anderen Falle tadelte der Beamte, daß die Arbeiter statt der vorgeschriebenen Schutzhelme, die Arbeiter dünne Tücher vor dem Munde trugen.

In einer größeren Fabrik wurde der revidierende Beamte den Arbeitern gegenüber sehr erregt, weil sie in einer gefährlichen Abteilung in eigenen Kleidern und ohne die vorgeschriebenen Schutzmittel — Brillen, Respiratoren, Gummihandschuhe — arbeiteten.

In einer großen Düngersfabrik waren im Frühjahr 1907 zwei Arbeiter tödlich verunglückt, weil sie beim Beladen von Superphosphat, der Vorschrift entgegen, unterhöhlten.

In einer Bleiweißfabrik sah der revidierende Beamte, daß der Arbeiter, der das trockene Bleiweiß in Fässer packte, sorgfältig und langsam eine Schaufel nach der anderen ins Fach gleiten ließ.

In einer kleinen Farbenfabrik erklärte der Unternehmer dem revidierenden Beamten, daß die auf seine (des Beamten) Anordnung beschaffte Badeeinrichtung fast gar nicht benutzt würde.

Aus alledem geht zweifellos hervor, daß der theoretisch gebildete Beamte in Fragen der technischen Ausführung des Arbeiterschutzes oft sehr schwer das Nützliche zu treffen weiß, was kein Vorwurf sein soll.

Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes.

Gemäß § 10 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes ist der Berechnung einer Rente der Jahresarbeitsverdienst des Verletzten zugrunde zu legen.

Die Genossenschaften sind oft bestrebt, den für die Verletzten ungünstigsten Betrag bei Berechnung der Rente heranzuziehen.

Da der Verletzte noch nicht ein volles Jahr in dem unfallbringenden Betriebe beschäftigt war, berechnete die Genossenschaft den Jahresarbeitsverdienst nach dem 300fachen durchschnittlichen Tagelohn, den S. selbst erzielt hatte.

Hiergegen, als auch gegen die Höhe der Rente, legte S. Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin ein.

holte eine Lohnauskunft ein und verurteilte daraufhin die Genossenschaft, für die ersten sieben Monate eine Rente von 33 1/2 Proz. zu zahlen, sowie der Berechnung einen anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienst von 1806,67 M. zugrunde zu legen.

Die Berufsgenossenschaft gab sich hiermit nicht zufrieden, sondern forderte die Entscheidung des Schiedsgerichts beim Reichsversicherungsamt an.

Das Reichsversicherungsamt wies den Rekurs der Genossenschaft zurück. Es hob in der Begründung hervor, daß die Genossenschaft es selbst gewesen sei, die dem Schiedsgericht den Betrag von 28,50 M. als Lohn der Firma Schl. gleichartigen Betrieb angegeben habe.

Gerichts-Zeitung.

In das Vertriebe einer Schwindelfirma.

fährte eine Anlage, die gestern vier Personen, nämlich den früheren Wirtshausbesitzer Gustav Helfer, den Kaufmann Ernst Schubert, der augenblicklich eine einjährige Justizstrafe in Sonnenburg verbüßt, den früheren Portier und Hausdiener Jakob Kühn und die Frau des letztgenannten vor die 8. Strafkammer des Landgerichts I führte.

Die beiden Hauptangeklagten Helfer und Schubert sind in der Angelegenheit als Annoncen-Agenten tätig. Helfer hatte den Angeklagten Schubert in dessen Eigenschaft als Annoncen-Agenten des „Allgemeinen Annoncenblattes“ in dem von der Frau Helfer betriebenen Mietkontor kennen gelernt und war mit ihm bald in freundschaftliche Beziehungen getreten.

Die beiden Hauptangeklagten Helfer und Schubert sind in der Angelegenheit als Annoncen-Agenten tätig. Helfer hatte den Angeklagten Schubert in dessen Eigenschaft als Annoncen-Agenten des „Allgemeinen Annoncenblattes“ in dem von der Frau Helfer betriebenen Mietkontor kennen gelernt und war mit ihm bald in freundschaftliche Beziehungen getreten.

Die beiden Hauptangeklagten Helfer und Schubert sind in der Angelegenheit als Annoncen-Agenten tätig. Helfer hatte den Angeklagten Schubert in dessen Eigenschaft als Annoncen-Agenten des „Allgemeinen Annoncenblattes“ in dem von der Frau Helfer betriebenen Mietkontor kennen gelernt und war mit ihm bald in freundschaftliche Beziehungen getreten.

Von der Berliner Stadtmision.

Ein weitere Kreise interessierender Rechtsstreit wurde am 27. Mai vor dem Landgericht III verhandelt. Der vom Hosprediger Sieder begründete, jetzt vom Hosprediger Döhly geleitete Verein für Berliner Stadtmision hatte sich in einem von einer Anzahl hochstehender Personen unterzeichneten Aufruf unter anderem auch an einen hiesigen angesehenen Fabrikbesitzer mit der Bitte um Gewährung von Beiträgen gewandt.

Ein Ansuchen des Vereins, den Vorwurf der Unterschlagung zurückzunehmen, lehnte der Fabrikbesitzer ab und die Stadtmision beruhtigte sich hierbei. Der Fabrikbesitzer aber, der glaubte annehmen zu sollen, daß den Unterschlagern des Aufrufs die bei der Stadtmision nach seiner Kenntnis vorgelommenen Verfehlungen nicht bekannt geworden seien, teilte den Unterschlagern seine Verärgerung und deren Gründe mit.

Kammergericht kontra Oberverwaltungsgericht.

(Ein Flugblattprozeß.)

Das Gewerkschaftsmittglied Meyer in Düsseldorf sollte den § 10 des alten preussischen Preßgesetzes übertreten haben, welcher in der Fassung, die er durch § 30 Abs. 2 des Reichspreßgesetzes erhalten hat, von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig macht das unentgeltliche, nichtgewerbsmäßige öffentliche Verteilen von Plakaten, Ausrufen und Belannmachungen.

Das Kammergericht hob jedoch dieses Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das Kammergericht stehe im Gegensatz zur Vorentscheidung (also auch im Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht) auf dem Standpunkte, daß es beim Begriff der Unentgeltlichkeit beziehungsweise Entgeltlichkeit im Sinne der angezogenen Vorschrift nicht auf das Verhalten des Publikums ankomme.

Die gesetzlichen Vorschriften über die Sonntagsruhe.

folte der Fleischermeister Ivers in Wilmersdorf dadurch übertreten haben, daß er seinen Fleischergesellen noch nach zehn Uhr, das heißt nach dem Eintritt der Zeit des Hauptgottesdienstes, wo der Betrieb zu ruhen hatte, am Sonntag mit dem Austragen von Fleisch beschäftigt habe.

Das Kammergericht verurteilte jedoch den Angeklagten und führte aus: Es habe sich um eine Zeit gehandelt, wo eine Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen im Fleischhandel nicht stattfinden dürfen. Der Geselle hätte deshalb auch kein Fleisch austragen dürfen.

Das Kammergericht verwarf die gegen dies Urteil eingelegte Revision des Angeklagten mit der Begründung, daß das Urteil keinen Rechtsirrtum erkennen lasse und daß zutreffend angenommen worden sei, daß Angeklagter mindestens fahrlässig gehandelt habe.

Jugendveranstaltungen.

Steglich-Groß-Lichterfelde. Am den Vingsstertagen veranstalteten die freien Jugendorganisationen für die Orte Steglich, Friedenau, Groß-Lichterfelde, Lantow und Zehlendorf eine zwei- resp. dreitägige Vingswanderung durch die Lüdemark.

Wilmersberg-Rummelsburg. Am 4. Juni (1. Vingsstertag) veranstalteten die Jugendorganisationen eine Partie nach Telenke. Die Wanderungen erstreckten sich von Telenke nach dem Gamenhof, Gamengrund, Kesselsee über Strassberg nach Heegermühle, Annatal, Bahnhof Strassberg II.

Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Sprechstunde findet Lindenstraße 49, vorn des Treppens — Parkhaus I, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt.

Am Sonnabend fällt die juristische Sprechstunde aus.

100 Krankentage. Die Bühneninnenunterstützung muß gewährt werden, wenn Sie innerhalb des letzten Jahres vor der Entbindung mindestens sechs Monate hindurch einer Krankentage angehört haben.

Marktpreise von Berlin am 30. Mai 1911, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktblaunpreise (Reinhandel): 100 Kilogramm Weizen, gelb, nach Ähren 30,00—35,00.

Groß-Lichterfelde Gesellschaftshaus, Baekestraße 22 (Fritz Warendorf)

Sonntag, den 4. Juni (1. Pfingstfeiertag)

Großes Früh-Konzert

im prächtigen 3000 Personen fassenden Naturgarten. Beginn 5 Uhr.
Entree 20 Pf. Kaffeeküche. Nachm. an beiden Feiertagen: Konzert,
humoristische Vorträge. Entree 10 Pf. Kinder unter 14 Jahren frei



Goldene Medaillen



Carl Zobel

Köpenicker Str. 121 (Eckhaus)

Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus)

Beste Herren- und Knaben-Moden

fertig und nach Maß.

Alle Größen, auch für corpulente wie schlankere Herren, in reichster Auswahl vorrätig. Volle Garantie für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück. Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte und billige Bedienung.

Beste Paßform.

Sehr billige, aber feste Preise.

Werkstätten im Hause.

9 Schaufenster.

9 Schaufenster.

Sehr große Auswahl in- und ausländischer Stoffe für Maßenfertigung.

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. — Ankleidezimmer in allen Abteilungen. — Der neue Katalog gratis und franko.

Anzüge, Ulster, Paletots fertig von 18 M. an.



Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus
des Ostens. — Enorme Auswahl von
Mädchen-Kleidern, Knaben-Anzügen, Mädchen-Jackets, Knaben-Paletots
Eigene Fabrikation in größtem Maßstabe
Billigste Preise.
C. & A. Wendt, Berlin NO. 18
118 Große Frankfurter Straße 118.



Preiswerte Sommer-Kleider
aus gutem reinwoll. Popeline mit eleganter Stickerei in allen modernsten Farben von 24 M. an
Woll-Musseline-Kleider
schwarz-weiß und farbig, gestreift und gemustert, hell und dunkel, 18 M. neueste Passons von 18 M. an
Vornehme Modell-Kleider
aus eleganten leicht welligen, seidigen u. halbseidigen Stoffen höher 75-100 M. jetzt 42, 60, 75, 98 M.
Grauerkleider von 20 M. an
Seinen-, Batist-, Voile- und Sticker-Kleider, reizende Neuheiten
9, 11⁵⁰, 15, 16⁵⁰, 21 M.
3000 Kostümröcke
aus prima Halbseide, regenfesten Stoffen englischer Art, schwarz-weiß und blau-weiß gestreiften Stoffen aus leichten hellen und dunkelgrünen blasser Kammgarntwischen, a. halbw. Alpaka, einfarbig und gestreift, schwarz, maris oder grau 5, 7, 9, 10, 12, 15, 18, 22⁵⁰, 27 M.
Elegante Tuch-Röcke
16⁵⁰, 24, 33, 48 M.
Seinen-Röcke
3, 4, 5, 6, 7, 9, 12 M.
Seinen-Jackett-Kleider
10⁵⁰, 13⁵⁰, 22⁵⁰ M.
Seinen-Paletots von 7⁵⁰ M. an
Blusen, enorm billig
in tausendfacher Auswahl.

Kleid „Lucie“ aus prima reinwoll. 28⁵⁰ M.
Mousseline 28⁵⁰ M.

Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe und Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität!

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse
3 Häuser vom Dönhofsplatz 12 Schaufenster
Sonntags geöffnet

Geschichte der Revolutionen

Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution
Von Dr. M. Conrady.

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit :: Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfennig :: Probenummern kostenlos
Bestellungen nehmen alle Zeitungsträger entgegen sowie sämtliche Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Videlswerder**, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

Der Geist der Unzufriedenheit



in Bildern, Löchern und Versen
Von G. Brandt • Preis M. 2,50
Diese aktuelle politische Satyre in Bild und Wort wird allen „Freunden unserer Postzeit“ viel Vergnügen bereiten. Es ist ein ganz eigenartiges Werk, das überall großes Aufsehen erregen muß.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Zobels)

Julius Lindenbaum

Eckhaus Fruchtstr. 141 Große Frankfurter Str. 141 Eckhaus Fruchtstr.

Herren- und Knaben-Bekleidung

Größtes Geschäft der Branche im Osten
Nur neues, modernes Warenlager

Gegr. 1879



- Für jede Figur passend am Lager
- Frühjahrs-Ulster neueste Phantasiestoffe, grau und grünlich, ein- und zweifelhig 17⁰⁰ M.
- Frühjahrs-Paletots hell, dunk u. sportfarb. 48, 40, 30, 24, 20, 21, 18⁰⁰ M.
- Jackett-Anzüge ein- u. zweifelhig, in den neuesten und modernsten Farbenstellungen 64, 48, 45, 40, 35, 29, 25, 22, 20, 16⁰⁰ M.
- Gummi-Mäntel moderne Farben 22, 25, 17⁰⁰ M.
- Pelerinen alle Farben 18, 15, 12, 10, 7⁵⁰ M.
- Beinkleider in reicher Auswahl, in jeder Preislage, von 2⁷⁵ an
- Phantasie-Westen . . . 2²⁵ 3 Stück 6⁵⁰ M. hochschicke Muster
- Knaben-Anzüge und Pyjacks in geschmackvoller Ausfüh. zu den denkbar bill. Preisen
- Jünglings-Ulster, -Paletots u. -Anzüge in großer Auswahl
- Berufs- u. Arbeits-Bekleidung für alle Gewerke

Besondere Abteilung zur Anfertigung eleganter Herren-Bekleidung nach Maß

Streng reelle Bedienung und billige, feste Preise, wie in früheren langen Jahren
Wieder unter meiner persönlichen Leitung
Julius Lindenbaum
Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße

Toupets, Locken, Zöpfe

billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.

O. Kaska, Rixdorf, Erkstr. 3.



Bekannt als beste und billigste Bezugsquelle für Herren-Hüte
in jeder Verlehnung in Charlottenburg, Berliner Str. 51.
Radloff, Gegründet 1876.

Ein neues System! Schuhverkauf

an Private an Engrospreisen!
Großer Umsatz, kleiner Nutzen!
25% billiger
kaufen Sie Ihre Schuhwaren nur bei
Hermann Kuntze,
Gr. Frankfurter Str. 83
Ecke Marsillusstraße.
2. Geschäft: Wiener Straße 34 I.
am Görlitzer Bahnhof.

Hüte in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, an der Dresdener Str.
Fahrgeld wird vergütet.

Aufruf! Die schönsten Herren

Anzüge, Paletots, Ulster, Gesellschafts-Anzüge, einzelne Hosen, wenig gebraucht, auch elegante neue Herren-Garderobe, bekommt man am billigsten und gut passend nur im Monats-Garderobehaus von Luft & Burger, 19, Mariannenstr. 19. Kein Laden. Straßenbahn wird vergütet. Verbindung von überall. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei jedem Einkauf 5 Proz. Streng reelles Geschäft.

Lehmannshof (fr. Granthaus) ...
Lehmannshof (fr. Granthaus) ...
Lehmannshof (fr. Granthaus) ...

Kannndorf (Gottbus-Spremberg) ...
Kannndorf (Gottbus-Spremberg) ...
Kannndorf (Gottbus-Spremberg) ...

Hermisdorf N-B ...
Hermisdorf N-B ...
Hermisdorf N-B ...

Gubichen (Guben-Lübben) ...
Gubichen (Guben-Lübben) ...
Gubichen (Guben-Lübben) ...

Heiligensee (Dorf) N-B ...
Heiligensee (Dorf) N-B ...
Heiligensee (Dorf) N-B ...

Wittenau N-B ...
Wittenau N-B ...
Wittenau N-B ...

Zehlendorf bei Biebertal N-B ...
Zehlendorf bei Biebertal N-B ...
Zehlendorf bei Biebertal N-B ...

Zehndorf T-B ...
Zehndorf T-B ...
Zehndorf T-B ...

Ziegenhals bei Niederlehme T-B ...
Ziegenhals bei Niederlehme T-B ...
Ziegenhals bei Niederlehme T-B ...

Zielenzig (Ost- und West-Sternberg) ...
Zielenzig (Ost- und West-Sternberg) ...
Zielenzig (Ost- und West-Sternberg) ...

Zillendorf (Guben-Lübben) ...
Zillendorf (Guben-Lübben) ...
Zillendorf (Guben-Lübben) ...

Zinna (Kloster) ...
Zinna (Kloster) ...
Zinna (Kloster) ...

Zossen T-B ...
Zossen T-B ...
Zossen T-B ...

Zühlsdorf N-B ...
Zühlsdorf N-B ...
Zühlsdorf N-B ...

Züllichau ...
Züllichau ...
Züllichau ...

Alle Lokale, die keinen Saal haben, sind frei!

Lokal-Liste für Berlin und die Provinz Brandenburg. Ausgegeben am 2. Juni 1911.

Obmann der Kommission: Albert Hahnisch, C. 54, Auguststr. 51, C. IV. Alle Mitteilungen, Anfragen etc. sind für Berlin an das unterzeichnete Kommissionsmitglied des jetzigen Kreises zu richten.

Table with 3 columns: Wahlkreis, Lokale, and Adressen. Includes details for 1. Wahlkreis, 2. Wahlkreis, and 3. Wahlkreis.

Lehnu. & Koeg, Hauptstr. 68.
Lenzen. Alle Lokale gesperrt.
Lichtenberg. N.-B. Alle Lokale frei.
Lichtenrade. T.-B. Cem. Friedhof, am Bahnh.

Wansdorf. P.-O.-H. Kein Lokal frei.
Wartenburg. N.-B. Alle Lokale gesperrt.
Weinmeisterhorn. P.-O.-H. Wentshin.
Weissagk (Sorau-Forsf.). R. Kanier.
Weissensee. N.-B. Alle Lokale frei.

Marienthal. T.-B. Rest. Zum Geliebten, Ruetzenstr. 44.
Mauz bei Grabow. N.-B. Rest. Zum Geliebten, Ruetzenstr. 44.
Malchow bei Biebensee. N.-B. Rest. Zum Geliebten, Ruetzenstr. 44.

Taupitz. T.-B. Berkebrslokale: Paul Seifmann.
Tiefwerder a. H. P.-O.-H. Kein Lokal frei.
Trattendorf. (Cottbus-Spremb.) Otto Katong.
Trebbin. T.-B. E. Schulze, Gesellschaftshaus, Bahnhofstr.

Friedrichshagen. N.-B. Alle Lokale frei.
Friedrichswerder bei Schwibbus. Zum grünen Baum, 2. Boppel.
Fürstenseefeld. T.-B. Rest. Zum grünen Baum, 2. Boppel.

Andreas-Garten, Andreasstr. 26.
Friedrichshagen. N.-B. Berliner Musikfeste, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m.
Friedrichswerder bei Schwibbus. Zum grünen Baum, 2. Boppel.

Grünsee (Stuppin-Kempfin). G. Hof Grund.
Gross-Bereu. T.-B. Stein Lokal frei.
Gross-Bereu a. B. G. Hof Grund.

4. Wahlkreis (Süd-Ost).
Behrends Festfale, Ranteuffelstr. 95.
Cafe Alfen, Vor dem Schleischen Tor 2.
Central-Festfale, Oranienstr. 180.

Alle Lokale gesperrt.
Stielow bei Cottbus.
Heinrich Schwellen.
Slamen (Cottbus-Spremberg).
E. Fischer; Rest. F. Lemke; Adolf Jutz, Bellevue.
Slamen-Ziegelei.
Gottmann Lokal.
Sommerfeld (Schwiebus).
Zum Aufziehen, Bahnhofstr.
Sommerfeld bei Stremmen. P.-O.-H.
Brauerei Weber frei. Rest. Eindel.
Sonnenburg (Ost- u. West-Sternbg.).
Willy Greifer und Hotel Marienap.
Sorau.
Flora, Saganerstr. — Gasthof zur Eile, Eilplatz.
Sorno (Calau-Ludau).
Krügers Gasthof.
Spandau. P.-O.-H.
Verkehrskafale:
E. Adnids Ballalon, Fickelsdorferstr. 33.
Vorchert, Seeburgerstr. 26.
„Volksheim“, Fr. Böhle, Gabelstr. 20.
Spandauer Berg. T.-B.
Bodbrauerei.
Spindlersfelde. T.-B.
Rest. Ruhwald.
Spreenhagen. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Spremberg.
Paul Feinze, Gesellschaftshaus.
Paul Kobelt, Konzerthaus.
Ludwig Krüger, Bergschlößchen.
Bruno Rüdert, Bürgerhaus.
Springenberg. N.-B.
Restaurant Rathle.
Sprucke bei Guben.
Rest. Schulz. Rest. Halenz.
Sputendorf bei Groß-Beeren. T.-B.
Gottf. Vogel, Dorfstr. 9.
Staaken. P.-O.-H.
Gasthof „Zum braunen Hirs“, Gam-
burger Chaussee.
Stahnsdorf-Kl.-Machnow. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Steglitz. T.-B.
Frei: Schellhase, Saal und Garten Thorn-
straße 15a, und Birkenwäldchen Saal
und Garten, Schützenstr. Rest. „Zum
Paradiesgarten“.

Stielow bei Cottbus.
Heinrich Schwellen.
Slamen (Cottbus-Spremberg).
E. Fischer; Rest. F. Lemke; Adolf Jutz,
Bellevue.
Slamen-Ziegelei.
Gottmann Lokal.
Sommerfeld (Schwiebus).
Zum Aufziehen, Bahnhofstr.
Sommerfeld bei Stremmen. P.-O.-H.
Brauerei Weber frei. Rest. Eindel.
Sonnenburg (Ost- u. West-Sternbg.).
Willy Greifer und Hotel Marienap.
Sorau.
Flora, Saganerstr. — Gasthof zur Eile,
Eilplatz.
Sorno (Calau-Ludau).
Krügers Gasthof.
Spandau. P.-O.-H.
Verkehrskafale:
E. Adnids Ballalon, Fickelsdorferstr. 33.
Vorchert, Seeburgerstr. 26.
„Volksheim“, Fr. Böhle, Gabelstr. 20.
Spandauer Berg. T.-B.
Bodbrauerei.
Spindlersfelde. T.-B.
Rest. Ruhwald.
Spreenhagen. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Spremberg.
Paul Feinze, Gesellschaftshaus.
Paul Kobelt, Konzerthaus.
Ludwig Krüger, Bergschlößchen.
Bruno Rüdert, Bürgerhaus.
Springenberg. N.-B.
Restaurant Rathle.
Sprucke bei Guben.
Rest. Schulz. Rest. Halenz.
Sputendorf bei Groß-Beeren. T.-B.
Gottf. Vogel, Dorfstr. 9.
Staaken. P.-O.-H.
Gasthof „Zum braunen Hirs“, Gam-
burger Chaussee.
Stahnsdorf-Kl.-Machnow. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Steglitz. T.-B.
Frei: Schellhase, Saal und Garten Thorn-
straße 15a, und Birkenwäldchen Saal
und Garten, Schützenstr. Rest. „Zum
Paradiesgarten“.

Stahnsdorf-Kl.-Machnow. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Steglitz. T.-B.
Frei: Schellhase, Saal und Garten Thorn-
straße 15a, und Birkenwäldchen Saal
und Garten, Schützenstr. Rest. „Zum
Paradiesgarten“.
Stempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Tegel. N.-B.
Rest. Strandlosh, Rest. Bellevue am See,
Rest. Hamusel, Hauptstr., und Zum alten
Krug gesperrt.
Tegelort. N.-B.
Rest. Wedmann u. Gaideschlößchen gesperrt.
Alle anderen Lokale frei.
Teltow-Seehof. T.-B.
Preuhischer Adler, Inh. W. Bonow, Ber-
linerstraße 16.
G. Kupisch, Hoher Steinweg 12.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.

Stahnsdorf-Kl.-Machnow. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Steglitz. T.-B.
Frei: Schellhase, Saal und Garten Thorn-
straße 15a, und Birkenwäldchen Saal
und Garten, Schützenstr. Rest. „Zum
Paradiesgarten“.
Stempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Tegel. N.-B.
Rest. Strandlosh, Rest. Bellevue am See,
Rest. Hamusel, Hauptstr., und Zum alten
Krug gesperrt.
Tegelort. N.-B.
Rest. Wedmann u. Gaideschlößchen gesperrt.
Alle anderen Lokale frei.
Teltow-Seehof. T.-B.
Preuhischer Adler, Inh. W. Bonow, Ber-
linerstraße 16.
G. Kupisch, Hoher Steinweg 12.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.

Stahnsdorf-Kl.-Machnow. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Steglitz. T.-B.
Frei: Schellhase, Saal und Garten Thorn-
straße 15a, und Birkenwäldchen Saal
und Garten, Schützenstr. Rest. „Zum
Paradiesgarten“.
Stempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Tegel. N.-B.
Rest. Strandlosh, Rest. Bellevue am See,
Rest. Hamusel, Hauptstr., und Zum alten
Krug gesperrt.
Tegelort. N.-B.
Rest. Wedmann u. Gaideschlößchen gesperrt.
Alle anderen Lokale frei.
Teltow-Seehof. T.-B.
Preuhischer Adler, Inh. W. Bonow, Ber-
linerstraße 16.
G. Kupisch, Hoher Steinweg 12.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.

Stahnsdorf-Kl.-Machnow. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Steglitz. T.-B.
Frei: Schellhase, Saal und Garten Thorn-
straße 15a, und Birkenwäldchen Saal
und Garten, Schützenstr. Rest. „Zum
Paradiesgarten“.
Stempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Tegel. N.-B.
Rest. Strandlosh, Rest. Bellevue am See,
Rest. Hamusel, Hauptstr., und Zum alten
Krug gesperrt.
Tegelort. N.-B.
Rest. Wedmann u. Gaideschlößchen gesperrt.
Alle anderen Lokale frei.
Teltow-Seehof. T.-B.
Preuhischer Adler, Inh. W. Bonow, Ber-
linerstraße 16.
G. Kupisch, Hoher Steinweg 12.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.

Stahnsdorf-Kl.-Machnow. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Steglitz. T.-B.
Frei: Schellhase, Saal und Garten Thorn-
straße 15a, und Birkenwäldchen Saal
und Garten, Schützenstr. Rest. „Zum
Paradiesgarten“.
Stempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Tegel. N.-B.
Rest. Strandlosh, Rest. Bellevue am See,
Rest. Hamusel, Hauptstr., und Zum alten
Krug gesperrt.
Tegelort. N.-B.
Rest. Wedmann u. Gaideschlößchen gesperrt.
Alle anderen Lokale frei.
Teltow-Seehof. T.-B.
Preuhischer Adler, Inh. W. Bonow, Ber-
linerstraße 16.
G. Kupisch, Hoher Steinweg 12.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.

Stahnsdorf-Kl.-Machnow. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Steglitz. T.-B.
Frei: Schellhase, Saal und Garten Thorn-
straße 15a, und Birkenwäldchen Saal
und Garten, Schützenstr. Rest. „Zum
Paradiesgarten“.
Stempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Tegel. N.-B.
Rest. Strandlosh, Rest. Bellevue am See,
Rest. Hamusel, Hauptstr., und Zum alten
Krug gesperrt.
Tegelort. N.-B.
Rest. Wedmann u. Gaideschlößchen gesperrt.
Alle anderen Lokale frei.
Teltow-Seehof. T.-B.
Preuhischer Adler, Inh. W. Bonow, Ber-
linerstraße 16.
G. Kupisch, Hoher Steinweg 12.
Tempelhof. T.-B.
„Wilhelmshaus“, Inh. Schmidt, Berliner-
straße 9.
Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50.
Albert Thiel, Berlinerstr. 41/42.
Templin.
Alle Lokale gesperrt.

